permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR. 21 / OKTOBER 1978 / PREIS: S 5.-

Nicaragua: Eine Nation kämpft!

Nach den letzten Meldungen aus Nicaragua sieht es so aus, als ob das Somoza-Regime durch massive Unterstützung des Imperialismus, noch einmal gerettet werden konnte. Der Terror der Mordbanden des Diktators hat offenbar sein Ziel vorläufig erreicht: Die aktivsten Widerstandskämpfer sind gefallen, verwundet, oder mußten sich vor der militärischen Übermacht in die Berge zurückziehen, die Zivilbevölkerung - die einem systematischem Bombardement ausgesetzt war - ist eingeschüchtert. Fabelhaft hat wieder einmal das imperialistische Zusammenspiel funktioniert: Der Menschenrechtsapostel aus den USA flüsterte leise 'Aber, Aber' und schon sprang Israel ein und belieferte Somoza mit dem notwendigen Rüstungsmaterial. Die bürgerliche Presse 'bedauerte' natürlich die Opfer, aber es 'drohte' eben 'ein neues Kuba'...

Wir veröffentlichen im Inneren einen Artikel eines Genossen des Spartacusbundes, der sich mit den Grundlagen der vergangenen und eben stattgefundenen Kämpfe befaßt.

FORTSETZUNG AUF SEITE 12

Zur Situation im Iran

Gespräch mit einem Iranischen Genossen

Kaum etwas anderes, konnte dem Mordbuben in Teheran gelegener kommen, als das furchtbare Erdbeben, welches vor Kurzem weite Teile des Iran erschütterte. Zu den Schüssen und dem Morden der letzten Wochen, kam nun noch für die Massen des Landes die Naturkatastrophe und erzwang für einige Zeit zumindest einen teilweisen Rückzug.

Wir veröffentlichen im Inneren ein Gespräch, welches wir Mitte September mit einem iranischen Genossen (AB) in Wien führten und werden in der nächsten Ausgabe - zu der Fortsetzung des Gespräches, welches leider aus Platzgründen geteilt werden mußte - einen Kommentar dazu bringen, sowie unter Umständen auch Auszüge, aus einem weiteren Gespräch mit einem - anderen - iranischen Genossen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 9



8. Oktober: Wahlen in Wien

Am 8. Oktober wird es in Wien und in der Steiermark zu Wahlen kommen. Wird hier ein Gemeinderat gewählt, so haben die 'Bürger' an diesem Tag in der Steiermark zu entscheiden, welcher Partei sie die Mehrheit im Landtag geben.

Die konkrete Bedeutung von bürgerlich/parlamentarischen Wahlen ist für Marxisten vom Stand und der erwarteten Entwicklung des Klassenkampfes abhängig. Anders ausgedrückt: Warum in bestimmten Situationen Stimmen für bestimmte Parteien abgegeben werden (und vor allem, aus welcher Klasse diese Stimmen kommen), drückt eine Stabilität, bzw. Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen aus.

Davon ausgehend, kann man sagen, daß derartige Wahlen auch in solchen Perioden für Marxisten nicht unwichtig sind, in denen sie, von den objektiven Gegebenheiten der Klassengesellschaft her, nicht in der Lage sind, den Kampf auf einer breiten Ebene - und <u>auch</u> auf der des Parlamentarismus - zu führen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

inhalt

Von der „Diskussions"- zur „Fusionsinitiative"?

Wir haben in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution' unsere grundsätzliche Bereitschaft erklärt, uns enger an der "Diskussionsinitiative" zu beteiligen.

Wie wir von Seiten der SOAK und der RMF ('Gruppe Commune') hörten, würden diese Gruppen unserer Teilnahme zustimmen, wenn wir die "Gemeinsame Erklärung von GRM, SOAK, VSStÖ" (enthalten in der 1. Ausgabe des "Diskussionsbulletins") unterschreiben würden. Dies ist ein merkwürdiges Vorgehen. Wenn wir die ersten Schritte der "Diskussionsinitiative" bedenken, dann war doch auffallend, dass es im Grunde genommen zu keinem Zeitpunkt zu einer einigermassen inhaltlichen Diskussion unserer Vorschläge gekommen ist (wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an unseren Vorschlag, die Möglichkeit eines gemeinsamen Wahlbündnisses für die Wiener Gemeinderatswahlen zu prüfen). Es ist also ein ziemlich unseriöses Vorgehen, heute von uns einfach eine Unterschrift zu verlangen, ohne eine Diskussion über diese "Gemeinsame Erklärung" unter Berücksichtigung der seither gemachten Erfahrungen durchzuführen.

Es ist einfach unverständlich, wie oberflächlich die Genossen an die Frage herangehen, ob, und wenn ja inwieweit die konkrete Erfahrung in der Durchführung der Diskussion auch den Aussagen dieser "Gemeinsamen Erklärung" entspricht. So heisst es dort etwa: "Wir glauben, dass etwa durch die Herausgabe dieses Diskussionsbulletins ein geändertes Politikverständnis dokumentiert wird, demgemäss der Austausch von Erfahrungen und Meinungen einander nahestehender Organisationen nicht aus Organisationsspekulation, sondern als Voraussetzung für die Formulierung revolutionärer Politik und deren Umsetzung in die Praxis betrieben wird."

Abgesehen davon, dass der Begriff "Organisationsspekulation" nicht definiert wird, sondern eher als Reizwort verwendet wird, was soll man darunter verstehen? Die SOAK hat bestimmte Fragen diskutiert, ist zu einem Ergebnis gekommen und will nun andere von der Richtigkeit dieses Standpunktes überzeugen. Die GRM hat gleich ihr Grundlagenpapier in das Bulletin geworfen, in der ihr Standpunkt zu bestimmten Fragen enthalten war und ihre Perspektive für den Klassenkampf in Österreich (es ist doch wohl kein Zufall, dass die wesentlichen Aussagen dieses Papiers die Mehrheit auf der 'Nationalen Delegierten-Konferenz' der GRM erhalten haben). Mit welchen Motiven haben die Genossen dies getan? Wir nehmen an, dass sie andere Genossinnen und Genossen politisch überzeugen wollten. Politische Überzeugung und organisatorische Konsequenz sind aber wohl kaum einander ausschliessende Dinge. Geschah dies also alles nur aus "Organisationsspekulation"? Dieses dumme Wort erklärt - wie man leicht begreifen kann - überhaupt nichts. Ist es denn wirklich sehr verwerflich, wenn wir sagen, dass wir selbstredend Genossinnen und Genossen von unseren Standpunkten politisch überzeugen wollen, wenn wir Artikel im "Diskussionsbulletin" veröffentlichen? Dass ein derartiger Diskussionsprozess natürlich auch organisatorische Konsequenzen haben kann, ist eine Binsenweisheit, denn schliesslich wird doch niemand annehmen, dass wir um der Diskussion willen diskutieren.

Den Begriff "Organisationsspekulation" würden wir eher auf dem Gebiet der Mauschelei ansiedeln, also dort, wo unter Verzicht auf eine klare politische Auseinandersetzung politische Konsequenzen und Ergebnisse vorgetäuscht, bzw. angestrebt werden. Und dazu könnte man ja auch einiges schreiben.

Dass organisatorische Konsequenzen nicht Voraussetzung der Diskussion sind, aber durchaus im Bereich des Möglichen liegen, wird in der "Gemeinsamen Erklärung" festgestellt und dem würden wir auch durchaus zustimmen. Aber selbst dort, wo Richtiges gesagt wird, zeichnet sich die "Gemeinsame Erklärung" nicht durch Klarheit, sondern durch Ungenauigkeit aus. "Der Abbau starrer Organisationsfronten und die Entwicklung gemeinsamer Grundlagen für die politische Arbeit darf nicht zur Aufgabe eines klaren politischen und programmatischen Anspruchs führen."

Aber was ist, wenn die Diskussion nicht zur umfassenden Einigung führt, sondern im Gegenteil, Differenzen in grundsätzlichen Fragen (wo ist eigentlich definiert, was unter einer "grundsätzlichen Frage" zu verstehen ist?) mehr und mehr deutlich werden? Logische Folge davon wäre doch wohl eine Verstärkung der "Organisationsfronten" (wieder so ein dummer Begriff!), oder gibt es tatsächlich jemanden, der sich einen "Abbau" dieser Fronten, bei gleichzeitiger programmatischer Differenzierung vorstellen kann? Abgesehen davon also, dass wir ja nicht voraussetzungslos in die Diskussion gehen (was für die anderen Organisationen ebenso gilt), kann der beschworene "Abbau der Organisationsfronten" nur ein Ergebnis der programmatischen Diskussion sein. Entweder-Oder. Entweder man nähert sich in der Diskussion politisch, was letztlich eben zwangsläufig organisatorische Konsequenzen haben muss - welcher Art auch immer - , oder es verstärken sich die Differenzen, was jene "starren Organisationsfronten" wohl unvermeidlich bestehen lassen wird. Fromme Wünsche vor der politischen Diskussion haben noch selten ein politisches Ergebnis gebracht!

Fazit: Diese "Gemeinsame Erklärung" taugt nichts. Einzelnen Passagen könnten wir durchaus zustimmen, in ihrer Gesamtheit aber ist sie ungenau und schwammig.

Weit vernünftiger wäre eine knappe, klare Erklärung der Organisationen, die bereit sind, eine regelmässige und geplante Diskussion zu den nationalen und internationalen Aufgaben der Revolutionäre durchzuführen und gemeinsam zu tragen. Diese Organisationen stellen sich dem Problem des Aufbaues einer revolutionären Partei, unabhängig von den bestehenden Parteien der Arbeiterbewegung, bzw. von den Bürokratien der "Arbeiterstaaten". Es sind Organisationen, die auf einer allgemeinen Ebene als "antireformistisch und antistalinistisch" bezeichnet werden können, was eine Zusammenarbeit auf einer relativ breiten Ebene gestattet.

Eine solche Erklärung würde jedenfalls auch der Realität mehr entsprechen, wie sie der bisherige Verlauf der "Diskussionsinitiative" gezeigt hat.
"Angesichts einer ähnlichen (!) Aufgabenstellung für die nationale Politik und der historischen Zufälligkeit (!) der organisatorischen Trennung unserer Organisationen, halten wir die Durchführung eines Fusionskurses für wichtig."
Dieses Zitat entnahmen wir einem "Vorschlag", den die RMF ('Gruppe Commune') an die GRM und die SOAK richtet. Wir glauben, dass dieser Vorschlag wohl mehr als deutlich die unseriöse 'Politik' dieser Gruppe dokumentiert, die bar jeder politischen Potenz und Bedeutung, einmal davon spricht, dass sie einen Wiedereintritt in das "Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale" anstrebt, während nun offenbar ihr Ziel in einer vorerst 'nationalen Fusion' besteht... Bemerkenswert ist das völlige Fehlen einer politischen Grundlage für dieses Vorgehen, mehr noch: Die konkrete Politik, die ausgesprochenen Standpunkte der Organisationen werden nicht berücksichtigt. Und das ist genau das, was wir unseriös und absurd nennen.
Ein Fusionskurs von mehreren Organisationen kann nur eine Annäherung in konkreten (bedeutenden) politischen Fragen, zur Grundlage haben. Die genannte "ähnliche Aufgabenstellung" besteht also nur auf der völlig oberflächlichen Ebene der "Schaffung eines antikapitalistischen Pols alternativ zur Sozialdemokratie". Aber selbst jene "Gemeinsamkeit" ist mehr als fraglich, weil dieser Begriff durchaus sehr verschiedene Interpretationen zulässt.
Auffallend ist weiters, dass die bisherigen Ergebnisse der Diskussion nicht berücksichtigt werden. So gibt es grundsätzliche Differenzen bezüglich der konkreten Politik in Österreich ("Einheitsfrontorientierung" der GRM), die wohl oder übel, auch bei der "Schaffung eines antikapitalistischen Pols" zum Ausdruck kommen werden müssen. Der Begriff des "revolutionären Pols" selbst, kann beliebig interpretiert werden und wird von der RMF ohne jede politische Begründung einfach übernommen. Die Frage der "IV. Internationale" wieder, zeigt völlig gegensätzliche Positionen. Schliesslich heisst es auch in einem Papier der RMF zur "IV. Internationale", dass das "Vereinigte Sekretariat" mit der marxistischen Methode "gebrochen" hat! Anders ausgedrückt: Die Genossen sind der Ansicht, dass es eine "historische Zufälligkeit" ist, dass sie nicht in einer Organisation sind, die mit der marxistischen Methode "gebrochen" hat... Ist das alles noch ernst gemeint?

Die Genossen der RMF hatten noch vor nicht allzu langer Zeit grundsätzliche Differenzen mit der GRM, bezüglich all der Fragen, die mit der politischen Repression zusammenhängen (RAF, Russell-Komitee usw.). Ihr jetziger Vorschlag für einen "Fusionskurs" beweist, dass politische Fragen und Differenzen ohne jede praktische Bedeutung und Konsequenz für sie sind. Sie hätten ebenso schreiben können, dass das "gemeinsame Ziel" der "Weltrevolution" die "Grundlage" für diesen "Fusionskurs" abgibt...

FORTSETZUNG VON SEITE 1

WAHLEN

Um unser Herangehen zu unterstreichen, ist es nötig, zuerst zu betonen, dass wir diese Wahlen nicht lokalborniert betrachten (d.h. die Positionen und die Politik der kandidierenden Parteien und Organisationen nicht an ihren Aussagen etwa zu 'Wiener Problemen' messen), sondern ausgehend von der gesellschaftlichen Situation ein Urteil über diejenigen fällen müssen, die behaupten, die "Interessen der Arbeiterklasse" zu vertreten.

Wenn wir weiters eine Eigenkandidatur ausschliessen (sie wäre von unserer momentanen organisatorischen Stärke her unmöglich, aber auch wenn diese umfassender und grösser wäre, in der heutigen Klassenkampfsituation politisch nicht zu verantworten), bleibt zu prüfen, ob wir eine der Parteien und Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen und/oder stützen 'kritisch' unterstützen können.

IN WELCHER SITUATION FINDEN DIESE WAHLEN STATT?

Österreich gleicht tatsächlich jenem heute so viel beschworenen und gelobtem Zustand, der sich vor allem durch 'Ruhe' und 'Stabilität' auszeichnet. Die offiziellen Statistiken vermerken eine geringe Arbeitslosigkeit, eine sinkende Inflationsziffer und kaum Streiks. Der Klassenkampf scheint oberflächlich betrachtet, tatsächlich 'gezähmt' zu sein. Gesellschaftliche Auseinandersetzungen haben sich scheinbar von der Ebene der zwei Hauptklassen, zu sozial unbestimmten, sogenannten 'Überbaukonflikten' hin verlagert, betreffen hier eine nationale Minderheit (Slowenen) und da die Fragen der kapitalistischen Umwelt- und Energiepolitik. Ja, so paradox es auch klingen mag, so wird dennoch am 5. November (Abstimmung über die Inbetriebnahme von Zwentendorf) die 'Sozialpartnerschaft' ein deutliches Zeichen setzen, wenn Industrie und Arbeiterklasse für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes stimmen werden!

Unter dem Eindruck der weltweiten kapitalistischen Krise hat sich natürlich auch der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Propaganda verändert. Das Bild der stetig fortschreitenden 'Demokratisierung', des ständigen Ausbaues der Sozialleistungen, ist weitgehend verschwunden, zugunsten einer Propaganda, die das 'Es soll so bleiben, wie es ist' in den Mittelpunkt stellt. Es bestehen wohl viele Gründe, den offiziellen Statistiken zu misstrauen, einmal abgesehen davon, dass das mit den Statistiken ohnehin eine sehr fragwürdige Angelegenheit ist. Die Verschiebung der sozialen und politischen Realität, kommt in ihnen nur verzerrt - und im wahrsten Sinne des Wortes 'unmenschlich' zum Ausdruck. Das Denken, die Furcht und Ungewissheit der Menschen haben in der Statistik keinen Platz. Wenn also die sozialdemokratische Propaganda die Sicherung der Arbeitsplätze im Mittelpunkt hat und dabei auf diverse Statistiken verweist, so drückt dies das Bestreben aus, das Gefühl der 'Sicherheit' zu verfestigen. Doch abgesehen davon, dass diese Statistiken 'frisiert' sind - jugendliche Schulabgänger, die keine Lehrstelle bekommen, scheinen ebensowenig in der Statistik auf, wie Frauen, die zur Hausarbeit 'zurückkehrten' -, scheint in dieser Propaganda nirgends auf, dass sich praktisch in allen Branchen der Druck auf die Arbeiter verstärkt, dass der Wink und die Drohung mit der Arbeitslosigkeit zum Tagesablauf in den Betrieben gehört. Die Kapitalisten und ihre Unteroffiziere in den Betrieben wissen was sie tun und was sie erreichen wollen. Hätte man vor einigen Jahren einem jungen Arbeiter - der auch damals nicht klassenbewusst war, dennoch aber ein gewisses Selbstbewusstsein gegenüber dem Kapitalisten hatte - mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht, hätte dieser wohl nur gelacht. Heute ist das grundlegend anders. Es lacht sich eben schwer, wenn man weiss, dass kaum freie Stellen vorhanden sind. Wenn aber diese Situation bereits für Wien kennzeichnend ist, so lässt sich leicht ausrechnen, welcher Druck auf die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Bundesländern ausgeübt wird, z.B. in Gebieten, in denen der freie Arbeitsplatz bereits in den Jahren der Konjunktur eine Seltenheit war und wo immer Hungerlöhne gezahlt werden konnten, einfach weil stets eine gewisse Reservearmee vorhanden war.

So sagen uns die Zahlen der Sozialdemokratie, dass in diesem Land heute keine Massenarbeitslosigkeit besteht. Sie sagen uns aber nichts über die wirkliche Situation der Arbeiterklasse.

Diese Situation kann man generell als Rückzug bezeichnen, mag es auch paradox klingen, angesichts einer Arbeiterklasse, die auch in den Jahren der Konjunktur und der relativen Sicherheit nicht gekämpft hatte. Das Bewusstsein mit der SPÖ (besser gesagt: durch die SPÖ) steigende Löhne, sinkende Arbeitszeit, bessere Sozialleistungen zu erreichen, ist gewichen zugunsten eines Bewusstseins, welches durch die SPÖ das Erreichte einigermassen sichern will. Sichern aber, heisst in diesem Fall die Bereitschaft auch einen Lohnabschluss hinzunehmen, der keine reale Erhöhung des Lohnes darstellt und heisst auch die Bereitschaft, den sogenannten "Selbstbehalt" etwa auf dem Gebiet der medizinischen Betreuung zu erdulden. Die Illusion, durch Stillhalten, das soziale Niveau, den Arbeitsplatz einigermassen sichern zu können - durch die Sozialdemokratie erfolgreich verbreitet und vertieft - ist heute das entscheidende Moment im Bewusstsein der österreichischen Arbeiterklasse.

Die SPÖ stützt sich also nicht auf eine aktive Arbeiterklasse, sondern auf ein passives Bestreben nach Sicherheit, welches die Klasse mit ihr verbindet, als Partei, die von den Arbeitern erstens traditionell als 'ihre' Partei empfunden

An die Leser

Wenn wir uns nun schon wieder an die Leser wenden, so tun wir dies unter günstigeren Umständen als das letzte Mal.
Als wir Herbst des vergangenen Jahres eine Änderung des Konzeptes und des Umfanges der 'permanenten revolution' ankündigten, geschah dies noch unter dem Eindruck einer langen inneren Auseinandersetzung, die leider auch zu einer personellen Schwächung führte. Der Pessimismus erwies sich aber nach und nach als relativ unbegründet. Neue Genossinnen und Genossen arbeiten an der inhaltlichen und technischen Produktion der Zeitung mit, die Zusammenarbeit mit unseren deutschen Genossen bezüglich der inhaltlichen Aufteilung der Artikel (es ist wirklich nicht einsichtig, warum bei so eng befreundeten und in Fusion begriffenen Organisationen etwa 2 Artikel zu Südafrika geschrieben werden sollen) funktionierte weit besser, kurz: Die regelmässige Herausgabe der 'permanenten revolution' erwies sich als kein allzu grosses Problem und funktioniert auch immer besser.
Lange Rede, kurzer Sinn: Wir werden die Aufmachung und den Umfang der Zeitung wieder einmal - etwas - verändern. Bezüglich der Aufmachung wird versucht werden, die Zeitung grafisch etwas zu verbessern (neue Titelschrift, abwechslungsreicherer Umbruch usw.) und zweitens werden ab nun ständige Glossen und Rubriken eingeführt. D.h. wir wollen den Faktor der Nachricht in Zukunft mehr betonen, also auch kurze Nachrichten bringen (aus der internationalen linken Presse), bzw. bestimmte Ereignisse auch 'Kurz kommentieren'. Ständige Rubriken werden den antifaschistischen Kampf, Nachrichten aus dem 'Modell Deutschland' usw. betreffen.
Das hat aber natürlich eine Erweiterung des Umfanges zur Folge (der aber durch die Einführung der Rubriken und Glossen stabil gehalten werden kann), der nun - hoffentlich lange - 20-22 Seiten betragen wird. Das Papierformat der Zeitung bleibt unverändert. Die Erweiterung des Umfanges wurde ausserdem noch durch die Verwendung einer anderen Schreibmaschine notwendig, deren Schriftbild optisch zwar besser ist, die aber auch leider mehr Platz benötigt.

Das bedeutet aber auch, dass der Preis der 'permanenten revolution' und die Abo-Bedingungen geändert werden müssen. Der Einzelpreis wird nun S 5,-- betragen, das Abo - 10 Ausgaben jährlich, wobei 2 Ausgaben Doppelnummern mit erweitertem Umfang sein werden - kostet ab nun S 70,--.

Wir bitten verschämt um etwas Verständnis.

DIE REDAKTION

wird und zweitens den Arbeitsplatz in den Mittelpunkt ihrer Aussagen stellt, d.h. die Sicherung des Arbeitsplatzes als Schwerpunkt ihrer Bestrebungen darstellt. Die Konsequenz aus alledem, ist eine Verstärkung der reformistischen Hegemonie in der Arbeiterklasse, die sich aber nicht im Kampf, in aktiven Forderungen, sondern genau umgekehrt, in der Verstärkung der gesellschaftlichen Orientierungslosigkeit der Klasse (wir sprechen hier von der Gesamtklasse und nicht von einzelnen Schichten und Individuen, die natürlich durchaus durch bestimmte Entwicklungen - auf dieser Ebene kann die Politik der Revolutionäre ansetzen und wirksam werden - eine Radikalisierung ihres Bewusstseins erfahren können), die mehr noch, als es in den letzten Jahren ohnehin der Fall war, ihre passive Erwartung an die Sozialdemokratie knüpfen wird.

Die gesellschaftliche Situation ist aber auch gekennzeichnet durch eine gewisse Radikalisierung kleinbürgerlicher Schichten und Teilen der Bourgeoisie (kleine und mittlere Kapitalisten), die ihren Ausdruck in der Politik der offen bürgerlichen Parteien - ÖVP und FPÖ - findet. Der Austritt des Wiener ÖVP-Abgeordneten Neunteufel aus seiner Partei mag als Symptom gelten. "In der ÖVP ist seit Busek eine wachsende Tendenz zur Radikalisierung, eine Politik des Skandalisierens und Diffamierens feststellbar, ..." Die in den Sommermonaten systematisch betriebene Androsch-Hetze der bourgeoisen Kräfte, die Signale, die durch die Frächter-Blockade gesetzt wurden, der Kurs von VP und FP gegen "rote Bonzenwirtschaft" und "zuviel Staat", ist so mehr als blosses Wahlspektakel (abgesehen davon, widerspiegelt dieses ja immer die gesellschaftliche Situation). Die von der SP betriebene Politik der Staatsverschuldung, der massiven Stützung der verstaatlichten Industrie, um vor allem in diesem Bereich die Arbeitsplätze einigermassen zu halten, stösst bei Fraktionen der Bourgeoisie mehr und mehr auf Widerstand, die - um den wachsenden Druck des Konkurrenzkampfes zu begegnen - einerseits massive Steuersenkungen und 'Investitionsspritzen' fordern und damit verbunden andererseits ein Abgehen von der "künstlichen Arbeitsplatzsicherung" fordern. Ihr Ziel ist klar: Ausbau einer Reservearmee, die den Lohn weiter drückt und es erleichtert, die Arbeitshetze zu verstärken, rapider Abbau von "zuviel Staat" (sprich: Sozialleistungen), d.h. generelle Umverteilung der staatlichen Ausgaben. Und dass diese Fraktion der Bourgeoisie längst nicht mehr am so lange klaglos funktionierenden System der "Sozialpartnerschaft" hängt, sondern auch die Konfrontation nicht scheut, dafür war die Frächter-Blockade wohl ein eindrucksvoller Beweis.

Und diese Radikalisierung - die sich gegen die SPÖ wendet, weil diese ja bemüht ist, ein gewisses erreichtes Niveau zu halten - drückt sich selbstredend in der Politik der bürgerlichen Parteien aus. Die ÖVP ist heute ohne Zweifel - wenn man so will - eine 'gespaltene' Partei. Neunteufel drückt es auch klar aus. Einerseits diese 'typischen' ÖVPler, Leute, die von der 'Grossen Koalition' und der "Sozialpartnerschaft" geprägt wurden und deren Ziel eher eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie - also eine Wiedererrichtung der Grossen Koalition nach den kommenden Nationalratswahlen - ist, die vor der systematischen Verteufelung der SPÖ warnen, weil "sonst passiert es nur allzu leicht, dass unser demokratisches Gefüge in seiner Gesamtheit Schaden nimmt". Auf der anderen Seite eben jener Flügel der ÖVP, vertreten von Busek und dem Geschäftsführer der Partei Bergmann (Taus als Obmann der Partei, dürfte einen Kompromiss zwischen den beiden Flügeln darstellen), der auf den "Sozialismus oder Freiheit"-Kurs gegangen ist und klar auf eine Koalition mit der Götz-FP setzt. Diese Differenzierung innerhalb der VP drückt sich auch in der Haltung zur Volksabstimmung über Zwentendorf aus. Wir erinnern nur an die offen ausgetragenen Differenzen über ein Plakat, welches von der Bundesleitung der ÖVP gemacht wurde und von der gesamten Konzeption her, klar auf ein "Nein" am 5. November hinauslief und das z.B. vom niederösterreichischen Landeshauptmann Maurer abgelehnt wurde.

Spekulationen über eine mögliche Regierungskonstellation nach den Nationalratswahlen 1979, müssen daher diese Differenzierung innerhalb des bürgerlichen Lagers berücksichtigen. In diesem Zusammenahng müssen wir auch unsere Aussagen, anlässlich des letzten Parteitages der SPÖ (siehe 'permanente revolution', Nr. 18), die zu bestimmt in die Richtung einer Koalition VP/FP gingen und eben jene Flügelauseinandersetzungen in der ÖVP - die ja sozialen Entwicklungen entsprechen - nicht berücksichtigten, relativieren. Wichtig aber ist es zu betonen, dass die parlamentarische Demokratie immer ein gewisser Unsicherheitsfaktor für die Bourgeoisie ist, in der sie nicht - wie von einem Kommandostand aus - die Regierungskonstellation bestimmen kann. Abgesehen davon, wäre es ein Unding anzunehmen, dass es einen 'Rat der Weisen' der Bourgeoisie gibt, der klar und eindeutig das bourgeoise Klasseninteresse bestimmt und die kommende Regierungsform diktiert. Weitere Radikalisierungen kleinbürgerlicher Schichten, sowie von kleinen und mittleren Unternehmern, kann eine Polarisierung schaffen, in der es dem 'rechten' Flügel der ÖVP und der FPÖ gelingen kann - auf der parlamentarischen Ebene wohlgemerkt -, die SP aus der Regierung zu verdrängen, auch wenn eine solche Regierung des verstärkten sozialen Rückschritts und der damit verbundenen Gefahren der ansteigenden Klassenauseinandersetzungen vielleicht kaum den heutigen Interessen einiger Grossbourgeois entspricht. Zum anderen wäre es unsinnig, als Voraussetzung solch einer Regierung eine Niederlage der Arbeiterklasse zu konstatieren. Es würde sich nicht um den Wechsel von einem parlamentarischen Regime zu einer bonapartistischen Diktatur handeln (die de facto das Parlament entmachtet und 'über den Klassen stehend' regiert), sondern um einen Wechsel innerhalb des Parlamentarismus. Diese Möglichkeit beruht auf der verstärkten Orientierungslosigkeit der Arbeiterklasse und ihrem vorläufigen Rückzug einerseits und der nun einsetzenden Radikalisierung des Kleinbürgertums und der unteren Schichten der Bourgeoisie andererseits. Kurz: Diese Möglichkeit muss als durchaus realisierbar angesehen werden, weil sie auf einer einsetzenden Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen beruht.

NEIN ZUR SOZIALDEMOKRATIE!

Die Entstehung dieser Situation, wurde durch die SPÖ begünstigt und vorbereitet. Auf das passive Vertrauen der Arbeiterklasse gestützt, konnte sie seit langem das "Gürtel-enger-Schnallen" vorbereiten und heute sprechen Androsch u.Co. bereits offen von der Einführung eines sogenannten "Selbstbehaltes" bei den Sozialleistungen. Die Sozialdemokratie drückte in den Gewerkschaften eine Politik durch, die durch Reallohnverluste die Arbeitsplätze "sichern" soll, bereitet bereits massive Preiserhöhungen bei den Grundnahrungsmitteln vor (die natürlich erst nach den Wahlen in Kraft treten werden), kurz: Die SPÖ ebnet durch ihre Politik den verstärkten Angriffen der Bourgeoisie den Weg!

Weg mit dem Verfahren gegen den KBÖ!

Die Staatspolizei ermittelt gegen den KBÖ. Grund: Seine Spendensammlung für die 'Patriotische Front von Zimbabwe' (ZANU). Die Genossen werden angeklagt, damit gegen den Paragraphen 32o (Neutralitätsschutzgesetz) der Freiheitsstrafen von 6 Monaten bis zu 5 Jahren vorsieht, verstossen zu haben. Im Windschatten dieses Verfahrens wurde auch die Tiroler Staatsanwaltschaft aktiv, die Ortsgruppe des KB hat ein weiteres Verfahren aufgrund des "Tiroler Sammlungsgesetzes" zu erwarten.

Während also österreichische Kapitalisten seit langem ungestört die Unterdrückerregime Südafrika und Rhodesien beliefern und mit ihnen Handel betreiben, soll die aktive Solidarität mit den unterdrückten Massen Afrikas hier kriminalisiert werden! Deutlich zeigt sich hier, was das Geschwätz von der "Neutralität" in Wirklichkeit wert ist!
Leider wird das allzu oft praktizierte Vorgehen des KB eine Solidaritätsarbeit erschweren. Zu befürchten ist, dass der KB diesen Prozess als "Krieg" zwischen ihm und der bürgerlichen Klassenjustiz auffasst und noch erwähnt, das Volk hinter sich zu haben.

Ungeachtet der Auffassungen des KB und seiner sektiererischen Politik ist Solidarität notwendig, denn dieses Verfahren bedroht jede Organisation, die Solidarität mit den unterdrückten Massen übt.

Wir werden in der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' ausführlicher über die Entwicklung dieses Verfahrens berichten.

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN DEN KBÖ!

In einer Situation, in der die Illusionen der Arbeiterklasse in die Sozialdemokratie passiv zum Ausdruck kommen und sich nicht aktiv in Klassenauseinandersetzungen äussern, ist eine Taktik der 'kritischen' Wahlunterstützung für die SPÖ nicht nur falsch, sondern schädlich, indem sie die Illusionen noch verstärkt. Heute können wir nicht an aktiven Erwartungen der Arbeiterklasse ansetzen und gemachte Kampferfahrungen gegen die Sozialdemokratie wenden. Notwendig ist vielmehr eine Politik, die ein klares Nein zur SPÖ im Mittelpunkt hat und die Verantwortung der Partei für die heutige Situation betont. Eine solche Politik wird heute nicht das "Ohr der Massen" finden. Sie kann sich - notgedrungen - nur an wenige, bewusste Arbeiter wenden, die individuell bereits Schlüsse aus der SP-Politik gezogen haben.

Unser Nein zur Sozialdemokratie, muss gerade diesen wenigen bewussten Arbeitern gegenüber, mit der Entwicklung von revolutionären Alternativen bezüglich der Gefahr der Arbeitslosigkeit, des Lohnes und der politischen Situation verbunden werden. Die Entwicklung einer Taktik gegegenüber den Massen des Proletariats, wäre in der heutigen Situation eine reine Sandkastenübung, die an der Klassenkampfsituation und dem Stand der revolutionären Kräfte in Österreich vorbeigeht!

NEIN ZUR KPÖ!

Die Situation der KPÖ ist dadurch gekennzeichnet, dass in einer Situation des Rückzuges der Arbeiterklasse, natürlich auch diese Partei davon betroffen ist. In den letzten Wochen mehrten sich Betriebsratswahlergebnisse, bei denen ihr "Gewerkschaftlicher Linksblock" in vielen Betrieben Stimmen an die Sozialdemokratie verlor.

Dies ist nicht weiter verwunderlich. Jene Arbeiter, die vor Jahren noch den "Linksblock" wählten, weil unter Umständen dieser konsequenter in betrieblichen Fragen auftrat, stellen diese Anliegen heute zurück und scharen sich enger um die SP, weil sie glauben, eine 'starke' Partei könne eben besser den Arbeitsplatz sichern.

Wenn wir die Aussagen der KPÖ zu den anstehenden Wahlen hernehmen, z.B. ihre Broschüre "Wien braucht eine Alternative", dann findet sich darin sicherlich vieles, dem wir ohne Zweifel zustimmen können. "Kampf gegen Grundstückwucher", "Ausbau der öffentlichen Massenverkehrsmittel zu sozialen Tarifen", "Wien ein Wahlkreis - weg mit der Fünf-Prozent-Klausel" usw. Mit vielen von diesen Forderungen wird die KP auch in der SP Zustimmung finden, das ganze Programm entspricht auch in vielen Passagen dem einer SP in der Opposition.

Wesentlich für eine Beurteilung der KPÖ kann aber nur ihre Stellung zu den zentralen Problemen der Arbeiterklasse sein.

Die Forderung nach einer besseren Krankenversorgung wird wohl von niemanden offen abgelehnt werden - auch nicht von der ÖVP. Derartige Forderungen können also nicht der Gradmesser für die KPÖ sein. Die Partei kann sich nicht auf wesentliche Teile der Arbeiterklasse stützen und es kann auch nicht die Rede davon sein, dass eine Zuwendung von solchen relevanten Teilen (dies wäre keine quantitative Frage, sondern eine solche der politischen Qualität) des Proletariats zur KP zu vermerken ist. Die 'kritische' Unterstützung der KPÖ bei den Wahlen, könnte also nur auf der Ebene des Programms erfolgen.

"Unsicherheit und Sorge um den Arbeitsplatz sind in Österreich zu einer Dauererscheinung geworden. Die Belastungspolitik der Regierung wurde mit der Notwendigkeit begründet, das Aussenhandelsdefizit zu senken: Das Gegenteil ist eingetreten. Das Aussenhandelsdefizit hat Ende 1977 die Rekordhöhe von 73 Milliarden Schilling erreicht. Die Bindung an die EG verstärkt die Unsicherheit und die Unterordnung Österreichs unter die multinationalen Konzerne".

Die Alternativen der KPÖ zu den dringendsten Fragen des Proletariats, umfassen - und das ist ja nichts Neues - im wesentlichen zwei Aspekte: Erstens fordert diese Partei die Lösung Österreichs vom kapitalistischen Weltmarkt (sie unterstreicht auch mit dieser Forderung, ihren schon ans Lächerliche grenzenden Nationalismus) und den verstärkten Osthandel und zweitens will sie mit einer Hebung der Massenkaufkraft (Lohnsteuersenkung und prozentuell höhere Lohnabschlüsse) der Gefahr der Arbeitslosigkeit begegnen.

Diese Forderungen richten sich aber vor allem an den Staat und die Kapitalisten. Mit keinem Wort geht die KPÖ in der erwähnten Broschüre darauf ein, wie die Arbeiter kämpfen sollen, ja mehr noch, der unabhängige, selbständige Kampf

Die Arbeitsgruppen arbeiten weiter!

Seit Anfang September trifft sich die 'Arbeitsgruppe gegen Faschismus' wieder.
Allerdings versteht sie jetzt ihre Funktion etwas anders als früher.
Schon vor den Sommerferien diskutierten die Genossen und Genossinnen wie der Kampf gegen die politische Unterdrückung besser organisiert werden könnte. Die Trennung in verschiedene Arbeitsgruppen der früheren 'Österreichischen Russell-Initiative' hatte des öfteren Schwierigkeiten geschaffen, den Informationsfluss gehemmt und die Kraft der einzelnen Gruppen geschwächt. Noch dazu kam, dass das Plenum mit technischen 'Kram' überfüllt war und niemals seine Funktion als vereinender Faktor der 'Russell-Initiative' erfüllen konnte.
Die Arbeitsgruppe gegen die 'Repression im Ausbildungsbereich' verlor schon vor dem Sommer einige Mitarbeiter, der APG trennte sich von der Russell-Initiative.
Das war die Ausgangssituation im September.
In der Diskussion einigten sich die Genossen und Genossinnen, zukünftig 'elastischer' auf die Repression in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu reagieren und sich nicht nur mehr auf den Kampf gegen den Faschismus zu konzentrieren. Es war auch schon in der 'Russell-Initiative' so, dass sich die verschiedenen Arbeitsgruppen bei Aktionen, Veranstaltungen usw. gegenseitig halfen. Nun soll dieser Gedanke noch mehr forciert werden.
Das Plenum jener Genossen und Genossinnen, die nun nach den Sommerferien weiterhin bereit sind, gegen die Repression aktiv zu werden, wird von Fall zu Fall entscheiden, auf welchen Gebieten sie die Schwerpunkte setzen: Kampf gegen den Faschismus, gegen die Repression im Ausbildungssektor, gegen politische Prozesse usw.
In diesem Sinne bezeichneten sie sich als 'KOMITEE GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG', in dessen Rahmen eben auch der antifaschistische Kampf weitergeführt werden soll.
Das KOMITEE stellte sich die Aufgabe, tatsächlich zu einem Pol des Antirepressionskampfes, zu einem Zentrum des Antifaschismus, zu einer Hilfsstelle für politisch Angeklagte und Repressalien ausgesetzte Bedienstete im Ausbildungsbereich zu werden. Das ist eine riesige Aufgabe. die mit Wenigen nicht zu erfüllen ist.
STÄRKT DAS KOMITEE GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

In der antifaschistischen Arbeit forcieren die Genoss(inn)en zur Zeit die Broschüre gegen den Faschismus. Die NDP kandidiert zur Wiener Gemeinderatswahl. Mit der Broschüre wollen wir schon vorher massive antifaschistische Propaganda betreiben. Die Artikel sind zu diskutieren (Zur Entnazifizierung nach 1945, über die ANR, Die faschistische Szene in der BRD, Wie gegen den Faschismus kämpfen? usw.) Eine Menge technischer Arbeiten wartet auf das Komitee. Über den studentischen Bereich hinaus soll antifaschistische Arbeit geleistet werden - in den Jugendzentren, vor Schulen usw. Aktionseinheiten der antifaschistischen Kräfte müssen gegen die zu erwartenden Provokationen der Nazis geschaffen werden. Dazu will das KOMITEE ebenfalls beitragen. Die Kontakte zu anderen antifaschistischen Organisationen und Antifaschisten müssen erweitert werden.
BETEILIGT EUCH AM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF!

PS.: Die GRM hat bereits zugesagt, die antifaschistische Arbeit im Komitee zu unterstützen.

DIE ARBEITSGRUPPEN TREFFEN SICH JEDEN DONNERSTAG UM 19 UHR, IM PORRHAUS, 1o4o WIEN, TREITLSTRASSE 3, ZIMMER 65a

der Arbeiterklasse kommt in den Aussagen dieser Partei nicht vor... Bestenfalls weist sie dem Proletariat die Rolle des Druckausübens auf Unternehmer und Staat zu. Sind die Forderungen der KPÖ auch von ihrem ökonomisch/politischen Aspekten her gesehen illusionär, so wird hier vor allem ihre Konsequenz der Klassenzusammenarbeit angegriffen!

Verbal wendet sich die KPÖ zwar gegen die "Sozialpartnerschaft". Bestimmt man aber den qualitativen Kern all ihrer Aussagen, so liegt dieser in einem gemeinsamen Interesse der Kapitalisten und Arbeiter an einem verstärkten Osthandel. Erst vor wenigen Tagen, konnte man in der 'Volksstimme' klar lesen, was "Realpolitik" der KPÖ bedeutet. Sie sei ja nicht für die Erhaltung der Arbeitsplätze um jeden Preis, aber man könne doch da und dort noch Arbeitsplätze schaffen, Finalindustrien ausbauen usw.

Der "seriöse" Reformismus der KPÖ (Muhri wird von den Kapitalisten durch die Betriebe geführt, weil diese genau wissen, dass die KPÖ ihnen Geschäfte mit den "sozialistischen" Ländern verschaffen kann), stellt eine Politik der Klassenzusammenarbeit dar. Aber auch wenn die Kapitalisten mehr Osthandel betreiben würden (sie beklagen sich aber längst über diesen Handel, weil die "sozialistischen" Länder eben devisenschwach sind), bedeutet dies nicht im geringsten, dass die Arbeitsplätze gesichert wären. Die KPÖ scheint auf dem Mond zu leben, denn ansonsten würde sie wissen, dass es den Kapitalisten gerade darum geht, die Lohnkosten zu senken, d.h. mit weniger Arbeitskräften höhere Profite zu erzielen (wie dies z.B. in der BRD und auch schon in Österreich längst schon der Fall ist). Es geht nicht darum, den Kapitalisten und ihrem Staat Ratschläge (die Forderungen der KPÖ sind letztlich nichts anderes) zu geben, wie sie die kapitalistische Wirtschaft besser gestalten können, sondern es geht darum, die Keime für den Kampf um eine neue Gesellschaft zu legen. Und hier hat die KPÖ nicht einmal einen Beistrich zu bieten. Wem wunderts? Den "realen Sozialismus" als Alternative breit zu propagieren, das fällt nicht einmal dieser Partei ein!

DIE KANDIDATUR DES KBÖ

Der KBÖ kandidiert in einem Wiener Wahlkreis (innere Bezirke), hat in den Arbeiterbezirken Wiens die notwendigen Unterschriften nicht aufbringen können und muss in einer Aussendung an die "Freunde des Kommunistischen Bundes" feststellen, dass er die brennendsten Fragen der Arbeiterklasse, nicht "so aufgeworfen" hat, dass den "einfachen Menschen" die Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus aufgezeigt worden wäre. Dieser Fehler war es - so der KBÖ -, der die notwendigen Unterschriften gekostet hat. Dennoch - der KBÖ bleibt was er immer war und wird weiter daran arbeiten "weitere Teile" des Volkes für das Ziel des Kommunismus zu gewinnen...

Wer also dachte, dass die Maoisten vielleicht unter Umständen irgendwelche politische Schlüsse aus der Tatsache ziehen würden, dass sie gerade in den "Volksbezirken" kaum Unterschriften bekamen, obwohl sie doch so in der "Volksbewegung" gegen Atomkraftwerke verankert sind, irrte gewaltig. Die Maoisten bleiben, was sie schon lange sind: Ein bisserl 'daneben'...

So können wir in der Extra-Ausgabe des "Klassenkampf" zu den Gemeinderatswahlen unter anderem zwar lesen, dass der KBÖ für die Erhaltung des Wacker-Platzes ist, die Aussagen zu den Problemen der Arbeitslosigkeit und des Lohnkampfes sind aber eher etwas spärlich und es ist auch nicht anzunehmen, dass sich auf diesem Gebiet etwas beim KBÖ geändert hat. Arbeitslosigkeit ist ja im Kapitalismus unvermeidbar, deshalb sollen die Arbeitslosen zumindest 8o% ihres letzten Lohnes bekommen und das Arbeitsamt "selbst verwalten" dürfen... Alles in allem, genau jener reformistische "Realismus", der die KPÖ auszeichnet. Kann die KPÖ den österreichischen Kapitalisten aber immerhin noch hie und da ein Geschäft mit dem "realen Sozialismus" verschaffen, so ist der KBÖ dazu nicht in der Lage. Aber das kann ja noch werden!

AM 8. OKTOBER: AKTIVE WAHLENTHALTUNG!

KAMPF DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN!
NEIN ZUR SPÖ!
NEIN ZUR KPÖ!
NEIN ZUM KBÖ!

Aktive Wahlenthaltung bedeutet, dass wir nicht generell gegen diese Wahlen sind, sondern, dass wir glauben, dass keine der kandidierenden Parteien und Organisationen die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Daher: Am 8. Oktober ins Wahllokal gehen und den Stimmzettel durchstreichen!

'permanente revolution' ist das Zentralorgan der IKL und erscheint monatlich.

Abonnement: 12 Ausgaben S 7o.-
Einzelpreis: S 5.-

Bestellungen und Kontaktadresse:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stöger, Patzmanitengasse 14/65, 1o2o Wien.

Kittner kontra Bahro

Nachdem der "wohl beste deutschsprachige Kabarettist" ('Volksstimme', 5.9.1978) Dietrich Kittner aus Hannover seinen letzten der drei Auftritte am 'Volksstimmefest' absolviert hatte, liess er sich auf ein Gespräch mit zwei Genossen der IKL ein. Gesprächsthema war der "Spionagefall" Rudolf Bahro. Nichts leichter als das, ist doch für den Kabarettisten der Fall klar - so klar wie unsichtbar.

Laut Kittner sei Bahro deshalb verurteilt worden, weil er im westdeutschen Rundfunk ein Interview gegeben hatte, in welchem er angeblich geheimgehaltene Wirtschaftszahlen genannt habe. Bahros Buch "Die Alternative" habe damit überhaupt nichts zu tun. Es sei zwar diskussionswürdig, aber für marxistisch denkende Leute - wie Kittner - absolut uninteressant.
Und dann platzte es Kittner heraus. Stolz und ernst erzählte er, dass Bahro "als Mensch" ja "höchst zweifelhaft" sei, denn Kittner kenne einen DDR-Kommunisten, der in der gleichen Grundzelle wie Rudolf Bahro gearbeitet hat. Dieser gestand, dass Bahro gar nicht acht Jahre lang innerhalb der Partei für sein Gedankengut gekämpft, niemals ein Wort der Kritik geäussert habe - "wie so lügnerisch behauptet wird". Plötzlich und für alle Parteigenossen überraschend, kündigte Bahro an, ein Interview im Westrundfunk zu geben. Raffiniert und unberechenbar dieser Bahro, nicht wahr? Will unbedingt im Mittelpunkt stehen, auf sich das Scheinwerferlicht gerichtet sehen. Jener, der allzu lange im Dunkel der SED war. Ein Masochist noch dazu, denn jetzt sitzt er im Dunkeln eines SED-Gefängnisses!
Bahro wurde auch, so unser Entertainer, von der bürgerlichen Journaille ausgenützt, um antisozialistische Hetze zu betreiben. Bahro in feiner Gemeinschaft mit Solschenizyn, Bukowski u.a.? Kittner meint es wohl so, wobei er zeigt, dass er keine reaktionären 'Bild'- und 'Kronen-Zeitung'en liest, die Bahro beinhart totgeschwiegen hatten.

Loyale Kritik würde in der DDR ja ungestraft bleiben, versichert Kittner felsenfest - "Reaktionäre" wie Bahro aber nicht! So ist das eben im "real existierenden Sozialismus". Und überhaupt, so viele gehen für Bahro auf die Strasse. Wo waren die, als er - Kittner - stundenlang zwischen Maschinenpistolen der deutschen Polizei gestanden ist? Jetzt hat er schon den dritten Prozess, weil er in der DDR die 'Westseite' verleumdet hat. Nur die 'Volksstimme' berichtete darüber in Österreich! Wisset, wer für Bahro geht, geht gegen Kittner! Die Leier ist bekannt. Wer gegen Kittner, den Kommunisten, geht, ist für die Konterrevolution, gegen die Arbeiterklasse, nach dem Motto "Antikommunismus schadet der Arbeiterklasse" (Werbeslogan der KPÖ) und wer Antikommunist ist, bestimmen die 'Kommunisten', eben solche wie Kittner ...

Dietrich Kittner bringt es tatsächlich zusammen, was die 'Volksstimme' stolz nach ihrem Fest verkündet: "Durch Lachen zum Denken". Doch hat sie eines vergessen anzufügen: "Vom Denken zum Kopfschütteln und Fäusteballen."

Prozess gegen IKL:

Ein Versehen ausgebessert?

Nachdem wir in der 1. Instanz von dem Vorwurf, durch die Veröffentlichung zweier Artikel in der "Sondernummer 2" die Erschiessung Bubacks gutgeheissen und damit gegen den Paragr. 282 verstossen zu haben, freigesprochen wurden, stand am 31. August 1978 unser Presseverantwortlicher wieder vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt. Mit Windeseile wurde der Prozess noch in den Sommermonaten angesetzt, ein besonders durchsichtiges Manöver des bürgerlichen Staates, um jede Öffentlichkeit zu vermeiden. Dass trotzdem rund dreissig Genossen, darunter Vertreter der GRM, erschienen waren, kann durchaus als bescheidener Erfolg gewertet werden. Schon vor dem Plädoyer des Staatsanwaltes war klar, dass die Verurteilung für das dreiköpfige Gericht bereits beschlossene Sache war. So erklärte der referierende Richter - seine Aufgabe sollte es sein, 'neutral' die bisherige Aktenlage darzustellen - die westdeutsche Zeitung 'spartacus' flugs zum Organ, das den "Terrorismus propagiert". Der unbefangene Zuseher hatte so einige Mühe, den Staatsanwalt vom Gericht zu unterscheiden, zu ähnlich waren deren Argumentationsweise und Fragestellungen. Was nützte es dann auch schon, dass unser Anwalt aufzeigte, dass z.B. der 'Kurier' in einer Glosse ungestraft denjenigen Polizisten für den Friedensnobelpreis vorschlagen will, der den 'Terroristen' Carlos erschiesst, während wir wegen Formulierungen, die manche Leute nicht klar verstehen wollen, vor Gericht gezerrt werden. Das einzige Problem, vor dem diese Herrschaften standen, war: Wie das Urteil begründen? Denn dass aus den fünf, in der Anklage zitierten Stellen nur mit böswilligster Absicht eine Gutheissung der Erschiessung Bubacks herauszulesen ist, zu diesem Schluss war ja auch schon das Erstgericht gekommen. Das Erstgericht konnte aus den Artikeln sehr wohl unsere Position zum individuellen Terror erkennen, wenn es in der Freispruchbegründung schreibt: "Es wird auch der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, welche auf die Arbeiterklasse ausgerichtet sein müsse, verlangt. Kritisiert wird in dem Artikel allerdings der individuelle Terror. Es wird auch zum Ausdruck gebracht, dass die Ermordung einzelner Repräsentanten des geltenden Gesellschaftssystems abgelehnt wird." (aus der Freispruchsbegründung, Seite 6)

Das Gericht bediente sich eines recht durchsichtigen Schachzuges, der jedoch klar aufzeigt, dass wir nicht wegen unserer (nichtvorhandenen) Gutheissung des Attentats auf Buback, sondern wegen unserer allgemeinen politischen Einstellung verurteilt wurden. Leider besitzen wir noch nicht die schriftliche Begründung, das bedeutet, dass wir die Argumentationsweise des Gerichts nicht im einzelnen nachvollziehen und deren Konsequenzen klarmachen können. Sobald wir sie besitzen, werden wir eine ausführliche Dokumentation veröffentlichen, in der wir auch auf die Begründung eingehen werden. Jetzt können wir die Argumentation nur summarisch zusammenfassen. Das Gericht erklärte, dass man mit den zitierten Stellen (abgedruckt in der 'permanenten revolution' Nr. 18) allein nicht den Strafbestand begründen könne und kritisierte dahingehend auch die Staatsanwaltschaft. Man müsse vielmehr die gesamte (!) Broschüre unter Anklage stellen! Erst in diesem Zusammenhang würde klar, dass wir das Attentat auf Buback unterstützen würden. Mit diesem Urteilsspruch wurde auch gleichzeitig die Sondernummer für beschlagnahmt erklärt. Die Tatsache, dass sich von den über 60 Seiten überhaupt nur 4 (!) mit dem Thema Buback beschäftigen, störte offenbar wenig. Bedeutet dieser Urteilsspruch, dass man nun den Artikel Luxemburgs und die zwei Artikel Trotzkis, die in der Broschüre abgedruckt sind, nicht mehr veröffentlichen darf? Bedeutet das, dass man die Dokumentation über das Schicksal Karl-Heinz Roths, die ebenfalls in der "Sondernummer 2" enthalten ist, nicht mehr "einer breiten Öffentlichkeit zugänglich" machen darf? Auf unsere Argumentation, dass die "Erklärung des Kommando Ulrike Meinhofs" keinesfalls unsere Meinung darstellt, sondern als Dokument, "klar mit Anführungszeichen gekennzeichnet," aus der westdeutschen Tageszeitung 'Frankfurter Rundschau' übernommen wurde, reagierte das Gericht nicht einmal!

Diese Verurteilung beweist, dass in Österreich Richter ebenso wie schon seit langem in der BRD bereit sind, Linke über jede bürgerliche Rechtsauffassung hinweg zu verurteilen. Damit zeigen sich auch bei uns die ersten Sprünge in der rechtsstaatlich-demokratischen Fassade der bürgerlichen Herrschaft. Im Gegensatz zur offenen Diktatur sollten die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie wohl noch immer so lauten, dass man nicht wegen A angeklagt und wegen B verurteilt werden kann. So zog der Vorsitzende Dr.

SPENDET!

Die Prozeß- und Anwaltskosten von fast S 27.000.-, sind natürlich ein 'dicker Hund' für unsere Organisation.

Wir werden die Spendenkampagne, die ja bereits vor Monaten begonnen wurde, fortsetzen und apellieren an alle Genossinnen und Genossen zu spenden, um den Schlag der Klassenjustiz gegen unsere Organisation einigermaßen - zumindest auf dieser Ebene - auffangen zu können.

Bis jetzt wurden S 7159.- gespendet.

Wir danken allen Genossinnen und Genossen, die beim Zeitungsverkauf, im 'Arbeitskreis Zeitgeschichte/ Marxismus', in der AG Faschismus und bei anderen Gelegenheiten gespendet haben.

Dieser Ausgabe liegt ein Erlagschein bei, der zur Zahlung verwendet werden kann!

Zahlungen bitte auf das Konto der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Nr. 7106.024 - Karl Reitter, 1030 Wien. Vermerk: Paragraph 282.

Antifaschist wieder vor Gericht!

Der Antifaschist G.W. wurde von den Nazis der ANR beschuldigt am "Tag der deutschen Einheit", dem 17. Juli 1977, anlässlich einer antifaschistischen Aktion, einem ihrer "Kameraden", Gottfried Küssel, das Nasenbein gebrochen zu haben. Demzufolge wurde G.W. wegen schwerer Körperverletzung angezeigt. G.W. bekam ohne ein Verfahren einen Strafverfügungsbescheid über 2.000 S. Er legte gegen diese Strafe Berufung ein.

Im 1. Berufungsverfahren identifizierte Nazi Küssel - in Bundesheeruniform erschienen - G.W. sofort als Täter. Als dessen Tatwaffe gab er einen Klappsessel an, die zu dieser Zeit zu Hunderten herumlagen. Seltsam jedoch ist, dass sich Nazi Küssel bei seiner ersten (polizeilichen) Einvernehmung an die Tatwaffe (noch) nicht erinnern konnte. Mehrere Monate später fällt es ihm auf einmal wieder ein...
Das 2. Berufungsverfahren fand nun am 21.9. statt. Neben 2 Nazizeugen erschienen als solidarischer Hintergrund lediglich 3 weitere Zuhörer. Diese Tatsache ist in der jüngsten Geschichte der Prozesse gegen Antifaschisten ein absoluter Negativrekord. Die beiden Nazizeugen erkannten in G.W. erstaunlich 'präzis' den Täter, was nach den vergangenen 13 Monaten für ein äusserst gutes Gedächtnis spricht... Das Verfahren wurde vertagt. Vielleicht wird es diesmal möglich sein, dem Antifaschisten G.W. die Solidarität der Antifaschisten praktisch zu zeigen.

Das nächste Verfahren wurde am 13. Oktober 1978 angesetzt, Beginn: 11.15 Uhr im Strafbezirksgericht Wien, 8., Hernalser Gürtel 6-12, Saal 60, 2. Stock.

Vergesst Euren Ausweis nicht!

SOFORTIGE AUFHEBUNG DES URTEILS!
FÜR ANTIFASCHISTISCHE SOLIDARITÄT!
KAMPF DER BÜRGERLICHEN JUSTIZ!

Csokay im krampfhaften Bemühen, die programmierte Verurteilung plausibler zu machen, unser Flugblatt "Selbstmord" aus der Lade und forderte unseren Genossen auf, dazu Stellung zu nehmen. Ein Flugblatt, in dem wir die angeblichen "Selbstmorde" von Stammheim klar als Morde bezeichnen, und das absolut nichts mit dem Fall Buback zu tun hat. Damit entlarvte sich das Gericht selbst. In keiner Phase der Verhandlung wurde so deutlich, dass nicht ein konkreter Tatbestand - Gutheissung des Attentats ja oder nein - zur Debatte stand, sondern unsere grundsätzliche politische Gesinnung.

Abgesehen davon, dass dieser Prozess eine Musteranwendung des Paragraphen 282 darstellt und offensichtlich ähnlichen Prozessen den Weg ebnen soll, kostet er uns auch eine Menge Geld. Wir wurden zur Zahlung von 9000.- S verurteilt, diese Summe stellt jedoch nur einen Teil unserer Kosten dar. Die gesamte Aufstellung lautet:

Anwaltskosten	15.000.-
Paragraph 282	9.000.-
Pressestrafe	500.-
Gerichtskosten ca.	2.000.-
	26.000.-

Was unser weiteres Vorgehen betrifft, so muss man zum einen davon ausgehen, dass mit dieser Instanz alle ordentlichen Rechtsmittel erschöpft sind. Berufung oder Nichtigkeitsbeschwerde sind nicht mehr möglich. Möglich wäre eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof, die jedoch allein 20.000.- Anwaltskosten bedeuten würde. Wir werden diesen Schritt unter politischen und finanziellen Gesichtspunkten noch diskutieren. Unser weiteres Vorgehen wird, wie schon gesagt, nach Erhalt des Urteils in der Veröffentlichung einer ausführlichen Dokumentation bestehen. Wir wollen an dieser Stelle auch an alle Organisationen und Gruppen appellieren, über den Prozess und seine politischen Konsequenzen ausführlich zu berichten!

WEG MIT DEM PARAGRAPH 282!

AUFHEBUNG DES URTEILS!

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

FÜR EIN BÜNDNIS DER LINKEN GEGEN POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

Leserbrief

Werte Genossen und Genossinnen!

In Nr. 18 Eures Organs P.R. habe ich Eure Bemerkungen zum Parteitag der SPÖ gelesen. In diesem Artikel kommt Ihr auch auf das Hervortreten des FPÖ-Götz zu sprechen, auf seine Rolle, und auf die "Rechtsentwicklung kleinbürgerlicher Schichten", die diesen reaktionären Trend tragen. Dann stellt Ihr fest, dass die SPÖ-Führung auf diese Entwicklung "auf konsequent reformistische" Weise antwortet.
Ihr zitiert dann den Kreisky-Ausspruch: "Sozialdemokratie oder Reaktion", bewertet ihn jedoch als Vorbereitung der SPÖ auf eine kommende Oppositionsrolle nach den Wahlen 1979. Dieser kommende Wahlkampf, so heisst es im Artikel, wird "ohne Zweifel politisch" sein. Die SPÖ wird ihre "linke Schulter" vorschieben, sich als "Arbeiterpartei" präsentieren usw. Diese Politik, schreibt Ihr, wird der SPÖ zwar die absolute Mehrheit kosten, ihrer Funktion als Opposition aber "hervorragend" entsprechen.
Dann heisst es: "Eine Regierung ÖVP-FPÖ wäre eine Regierung, die das verstärkt fortsetzen würde, was die famose Sozialdemokratie so erfolgreich begann: Abbau von Sozialleistungen, Reallohnabbau, Schaffung von "Ruhe und Ordnung".
Im weiteren geht Ihr dann einfach dazu über, die SPÖ in der Rolle der parlamentarischen Opposition zu charakterisieren, denn die "Arbeiterklasse würde einer derartigen Offensive der Bourgeoisie anfangs völlig unbewaffnet gegenüberstehen." Und dann: "Die SPÖ wird auch in der Opposition alles tun, um zu verhindern, dass aus dieser Klasse mit einer so grossartigen Vergangenheit eine Klasse 'für sich' wird".
Ich habe fast zu ausführlich zitiert, aber es war vielleicht doch nötig. Erlaubt mir einige Bemerkungen zu dieser Eurer Position: SIE GIBT DEN KAMPF AUF, BEVOR ER ÜBERHAUPT NOCH BEGONNEN HAT.
Ganz abstrakter Weise wird der Verlust der SPÖ-Mehrheit in der Wahl 1979 bereits als feststehend hingenommen, wird die Koalition ÖVP-FPÖ als einfache Fortsetzung der bisherigen bürgerlichen Koalitionen aufgefasst, ohne die Auswirkungen der Krise auch nur zu erwähnen, die eine ganz andere Gangart einer ÖVP-FPÖ-Koalition bedingen würde, usw.
Ich nehme an, dass Ihr bereits den Beitrag, den wir zur laufenden Diskussion leisteten, gelesen habt. In diesem haben wir einen konkreten Vorschlag zur Aktion in Österreich eingebaut, der von der aktuellen politischen Situation ausgeht, den Arbeitern den kapitalistischen Hauptfeind zeigt, seine Parteien ÖVP-FPÖ, die Gefahr, die sich abzeichnet für die kommenden Wahlen 1979 und zur Einheitsfront mit den SP-Arbeitern aufruft, bei Aufrechterhaltung der revolutionären Kritik an der SP-Politik, im Herbst 1979 für die SPÖ zu stimmen. Ausgehend von dieser sicherlich schwächsten Form der Einheitsfront-Taktik - weil rein faktisch, ohne wirkliches Abkommen - lässt sich aber eine zunehmende Aufmerksamkeit der aktivsten SP-Kader annehmen, die aus der kommenden Erfahrung lernen werden usw. usw.
Wir glauben, dass es unsere revolutionäre Pflicht ist, eine bestehende SP-Regierung - ungeachtet ihrer wahren Rolle usw. - gegen die Bourgeoisie zu verteidigen - selbst wenn das dieser SP-Führung sicher höchst unangenehm ist! Einzig und allein auf die SP-Arbeiterbasis kommt es an, die der SP folgt, deren beste Teile kämpferisch sind, die also unsere Taktik zur Abwehr der bürgerlichen Regierung verstehen werden, sie sogar unterstützen werden, und die in und durch diesen Kampf unsere revolutionären Positionen kennenlernen werden, unsere revolutionäre Kritik an der SP-Politik, die durch ihren prokapitalistischen reformistischen Charakter es früher oder später der Bourgeoisie ermöglicht, wieder "an die Macht" zu kommen.
Ihr wisst genauso wie wir, dass eine unserer "Übergangs"-Losungen lautet: "SP an die Macht!" Wir brauchen Euch nicht den den Sinn dieser Forderung erläutern.
Denkt nur daran, dass es 1917 die Bolschewiki waren, die diese Forderung an die Menschewiki richteten: "Nehmt die ganze Macht." So stellte sich z.B. noch vor kurzem in Frankreich die Frage: "KPF-SPF an die Macht." (natürlich ohne jede bürgerliche Beteiligung!), weil eine solche "Arbeiter"-Regierung, gestützt auf die Gewerkschaften, unter dem Druck der revolutionierten Massen zu ersten Schritten in Richtung Revolution gezwungen sein würde.
Nochmals zum Schluss: Eure Position zu dieser ganzen, in Wahrheit entscheidenden Frage (weil die SPÖ 90% der Arbeiterschaft beeinflusst!), ist im Grunde rein betrachtend, reine Konstatation und keine Kampfposition. Das ist sie aber in Wahrheit, denn der Wechsel (mögliche Wechsel) von einer SP-Regierung zurück zu einer reinen Bürgerregierung stellt im Klassenkampf einen sehr wichtigen Schritt dar und bietet den Revolutionären eine reelle Möglichkeit für einen Kampf gemeinsam mit den SP-Arbeitern gegen die Bourgeoisie an - selbst wenn das die SP-Führung nicht will! Was wahrscheinlich der Fall ist, aber nicht sein muss, denn die SP-Bürokratie ist differenziert (...untere Schichten können zum Kampf neigen...).
Überprüft alles das, was ich Euch zur sicher wichtigen Frage dargelegt habe, genau. Solltet Ihr mir antworten wollen, dann bitte erst Mitte Juli, denn da werde ich wieder in Wien sein.

Revolutionäre Grüsse!
F. M

ANTWORT DER REDAKTION:

Wir halten die Position des Genossen für mehr als problematisch und verweisen auch auf den in dieser Ausgabe enthaltenen Artikel zu den Wiener Gemeinderatswahlen, in dem ansatzweise auch auf die in dem Brief des Genossen aufgeworfenen Fragen eingegangen wird.
Kurz nun dazu, warum wir die Position des Genossen generell ablehnen.
Der Genosse schreibt, dass unsere "Bemerkungen" zum letzten Parteitag der SPÖ "rein betrachtend" waren, keine "Kampfperspektive" darstellten usw. Dazu ist zuerst zu sagen, dass in der gegenwärtigen Situation - der Stand der Klassenkämpfe und die Stärke der Organisation - notgedrungen vieles von dem, was wir sagen, "betrachtend" ist. Wir halten nicht sehr viel von verbalen Kraftakten kleiner,

von der Arbeiterklasse isolierter Organisationen, die letztlich nur zur Desillusionierung führen müssen. Allerdings wissen wir, dass es Organisationen gibt, die 'grosse' Konzepte entwerfen und von "Einheitsfront" sprechen in einer Situation in der dies wie ein Gebet wirkt, weil es völlig an der Realität vorbeigeht. Gerade der Genosse selbst ist hier ein Beispiel dafür, denn vermutlich entwirft er nun schon viele Jahre ähnliche Taktiken, die nur einen Fehler haben - sie entsprechen nicht der realen Klassenkampfsituation. Wir hatten in dem kritisierten Artikel versucht, eine durchaus realistische Entwicklung in Österreich zu skizzieren, die nicht durch eine unmittelbare Verschärfung des Klassenkampfes geprägt sein wird, sondern durch eine parlamentarische Machtverschiebung, was ja durchaus nicht automatisch gleichzusetzen ist. Die steigende Unzufriedenheit kleinbürgerlicher Schichten mit der SP-Regierungspolitik kann zur Abwendung von Kleinbürgern auf der Ebene der Wahlen führen (die sich aber auch in bestimmten 'ausserparlamentarischen' Aktionen äussern wird). Es wäre also z.B. völlig absurd zu meinen, eine derartige Verschiebung hätte eine schwere Niederlage der Arbeiterklasse zur Voraussetzung. Es geht schliesslich nicht um den Wechsel von einem bürgerlich/demokratischen Regime zum Bonapartismus bzw. Faschismus, sondern um eine Machtverschiebung innerhalb des parlamentarischen Regimes.
In einer Situation, in der die Arbeiterklasse nicht kampfbereit, sondern im Gegenteil eher im Rückzug ist, ist die von dem Genossen entwickelte Taktik ('kritische Unterstützung' der SPÖ) völlig falsch, und die jetzt in einigen Köpfen geisternde "Einheitsfrontorientierung" kann man wirklich nur mehr als 'linke' Kinderei bezeichnen. Wenn es zu jener parlamentarischen Machtverschiebung kommt, dann hätte etwa eine VP/FP-Regierung die Funktion, die von der Sozialdemokratie begonnene Politik (Abbau der Sozialleistungen, Lohnraub usw.) verstärkt fortzusetzen. Die Politik der SPÖ hat die Arbeiter systematisch politisch entwaffnet, und diese Partei trägt die Verantwortung dafür, dass die Arbeiter einer solchen bürgerlichen Offensive letztlich wehrlos gegenüberstehen würden. Heute gilt es vor allem, diese Politik der SPÖ aufzuzeigen und beim Namen zu nennen, sowie propagandistisch den Kampf der Arbeiter vorzubereiten. In einer derartigen Situation aber ist die Taktik der 'kritischen Unterstützung' letztlich eine Reinwaschung der SPÖ, die eben alles andere als das 'kleinere Übel' ist!
Die verstärkten Angriffe einer VP/FP-Regierung würden aber ohne Zweifel nach und nach die Kampfbereitschaft der Arbeiter fördern. Wenn sich diese Bereitschaft in Aktionen ausdrückt, kann diese Taktik durchaus in den Mittelpunkt rücken. Wesentlich für ihre Anwendung ist also nicht die Politik der SP-Parteiführung, sondern der reale Kampf der Arbeiter, der es erst möglich macht, dass die Verbindung der Erfahrungen der Arbeiter mit der revolutionären Propaganda zum generellen Aufschwung der Klassenkämpfe führt (von der Defensive in die Offensive). Diskussionen über derartige Fragen sind sicherlich sehr wichtig, aber der Genosse muss sich doch darüber im Klaren sein, dass sie heute eben - leider - oft und oft "betrachtend" sind. Das ändert nichts daran, dass es auch heute notwendig ist, revolutionäre Propaganda innerhalb der Arbeiterklasse zu betreiben. Einige bewusste kämpferische Arbeiter wird man auch heute erreichen und gewinnen können, aber eine Taktik kann erst wirksam werden, wenn sie die Strömungen und Tendenzen innerhalb der Klasse berücksichtigt. Und schliesslich muss bei der Erstellung einer taktischen Methode nicht zuletzt der konkrete Stand der eigenen Organisation, der eigenen Kräfte berücksichtigt werden. Dies scheint uns in dem Brief des Genossen völlig unberücksichtigt zu sein. Es muss aber auch als schlichte Binsenweisheit gelten, dass Revolutionäre sich nicht in jeder Periode an die Gesamtklasse wenden!
Zuletzt sei noch bemerkt, dass wir die Ausführungen des Genossen bezüglich der Verbindung der Taktik im kommenden Wahlkampf mit der Forderung nach einer "Arbeiterregierung" für geradezu absurd halten. Wenn der Genosse etwa auf das historische Beispiel der Russischen Revolution hinweist, so müssen wir ihm sagen, dass er damit an eine fatale Tradition in der - wenn man so will - trotzkistischen Bewegung anknüpft, die auch in der Gegenwart zu völlig unhistorischen Herangehensweisen führt.
Als die Bolschewiki diese Taktik anwendeten (d.h. die Reformisten aufforderten, die ganze Macht zu übernehmen), geschah dies in einer Situation der Doppelherrschaft, in der die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte de facto eine Gegenregierung darstellten. Von dieser Gegebenheit ausgehend formulierte Lenin die Losung "Weg mit den bürgerlichen Ministern - nehmt die ganze Macht, gestützt auf die Sowjets". Diese Losung war in einer derartigen Situation vorzüglich geeignet, den wahren Charakter der Reformisten innerhalb der Arbeiterklasse zu entlarven und zur Hebung ihres Klassenbewusstseins beizutragen. Wie gesagt, in einer derartigen Situation! Diese Losung heute aber in Österreich aufstellen würde in der Tat nichts anderes bedeuten (selbst wenn sie auf hiesige Verhältnisse umgemodelt wäre), als die Illusionen der Arbeiter in die SPÖ noch zu verstärken!

Zum Schluss möchten wir den Genossen doch noch auf einen Artikel des Genossen Pablo (dem er doch vermutlich sehr nahe steht) hinweisen, in dem unserer Ansicht nach sehr gut die Situation dargestellt wird, in der diese Taktik zur Verwendung kommen kann (dieser Artikel aus dem Jahre 1947 wird in Kürze in der nächsten Ausgabe unseres Theoretischen Organs erscheinen). Es gibt keine taktischen Methoden, die zeitlos und unabhängig von der realen Situation ihre Gültigkeit behalten. Dass diese einfache Wahrheit auch bei vielen Genossen verschüttet und verstümmelt ist, wissen wir. Der Brief des Genossen ist schliesslich ein weiteres Beispiel dafür.



FORTSETZUNG VON SEITE 1

ZUR SITUATION IM IRAN

GRUNDLAGEN UND TRÄGER DER KÄMPFE

AB: Meiner Meinung nach, der viele Genossinnen und Genossen und auch andere Gruppierungen zustimmen, sind die Demonstrationen in Persien in den letzten acht, neun Monaten spontane Massendemonstrationen gewesen. Die natürliche Grundlage für sie waren zum einen die schlechten ökonomischen, politischen und überhaupt gesellschaftlichen Bedingungen. Seitdem der Schah in Iran regiert, haben die Leute viele Probleme mit ihrem gesamten Leben - mit den Wohnungen, Lebensmitteln, Schulen, in den Fabriken, auf dem Land, in den Dörfern usw. Zum anderen gibt es seit Jahren die politische Unterdrückung der Massen. Es gibt überhaupt keine politischen Freiheiten und jeder Versuch der Bevölkerung, ihre Interessen wahrzunehmen, wird mit brutaler Reaktion niedergeschlagen.
Der Grossteil jener, die an den letzten Demonstrationen teilgenommen haben, sind Mohammedaner, also die Shiiten. Zu Beginn hat es innerhalb der Shiiten noch nicht die ausgeprägten Gruppierungen eines rechten mohammedanischen und eines linken Flügels gegeben. Der Führer des linken Flügels, Chomeini, der in Irak im Exil lebt, vertritt, dass es mit dem Schah-Regime keine Kompromisse mehr geben kann, dass er erst dann wieder in den Iran zurückkehrt, wenn das Schah-Regime vollständig vernichtet wird. Der rechte Flügel hingegen hat behauptet, dass man irgendwie mit der heutigen Regierung zusammenarbeiten soll, um das Ziel einer konstitutionellen Monarchie verwirklichen zu können. Daher wird es später sicher zu einer Auseinandersetzung innerhalb der Bewegung der Mohammedaner, der Shiiten, kommen. Neben dem eigentlichen grossen Teil der Mohammedaner hat es in den Demonstrationen gerade in der letzten Zeit viele andere Elemente mit kleinbürgerlicher oder bürgerlicher Ideologie gegeben, die von den Führern der Nationalen Front eingebracht worden sind. Marxisten haben sich, soweit ich weiss, offiziell nicht beteiligt. Sie sind aber sicher mitgegangen.

AKTUELLE DATEN DER GESCHEHNISSE

Die Demonstrationen haben zu Beginn dieses Jahres in Ghom, einer Stadt, 150 km südlich von Teheran begonnen. Bei schweren Zusammenstössen mit Polizei und Militär sind mehrere hundert Menschen ermordet worden.
40 Tage später fanden bei religiösen Feierlichkeiten für die Toten, Demonstrationen mit über 100.000 Teilnehmern in Täbriz statt. Gegen die zweitägigen Demonstrationen ging die Regierung mit Panzern und Militärhubschraubern vor und ermordete wieder mehrere hundert Menschen. In den darauffolgenden Monaten - von März bis Juli - fanden in über 80 iranischen Städten spontane Massendemonstrationen gegen das Schah-Regime statt.

Vom 22. bis 24. Juli wurde ein Aufstand in Meshed im Blut von 200 Toten erstickt. Bei all diesen Demonstrationen, die auch danach in anderen Städten Irans weitergingen,

zerstörten die Massen die Parteilokale der Rastachis-Partei, die Verwaltungsbüros und Gebäude von Banken und Regierung und besetzten bzw. zerstörten Polizeidienststellen. Auch die Gebäude, Klubs und Hotels, die den Beratern der US-Regierung und des Geheimdienstes vorbehalten waren, wurden nicht verschont. Zum 25. Jahrestag des Putsches des Schah mit Hilfe der US-Regierung gegen die Regierung Mossadegh fand die Bewegung ihren Höhepunkt in grossen Demonstrationen in Teheran, Isfahan, Täbriz und anderen Städten. Trotz aller brutalen Massnahmen, wie Verhaftungen in der Bevölkerung und im Militär, trotz aller vom Schah befohlenen Kundgebungen, auf denen der Putsch von 1953 als "nationale Revolution gegen den Kommunismus" gefeiert wurde, und schliesslich dem Anschlag der SAVAK auf das Kino in Abadan, gelang es dem Schah-Regime nicht, die Bewegung zu brechen. So musste bereits am 11.8. über Isfahan das Kriegsrecht verhängt werden, dem über 100 Menschen zum Opfer fielen. Dasselbe ereignete sich in weiteren drei Städten in der Region von Isfahan. In den anderen Städten Irans wurde Militär und Polizei zusammengezogen.
Vor zwei Wochen fand, trotz Verbot durch die Regierung, eine riesige Demonstration mit über einer Million Teilnehmer statt: unter der Losung "Nieder mit dem Schah-Regime" und "Unser Führer ist Chomeini".

Und wie ich in letzter Zeit gehört habe, sind auf dem Djalehplatz an diesem Freitag vor zwei Wochen über 5000 Menschen umgebracht worden. Die Hauptdemonstrationen waren in Teheran, in Täbriz, in Isfahan und Ghom. Bis zu diesem Freitag sind seit Anfang dieses Jahres mindestens 1000 Menschen in Iran umgebracht worden.

PR: Stehen diese Demonstrationen in direkter Verbindung zueinander oder lassen sie sich bloss auf religiöse Bräuche zurückführen?

AB: Obwohl die meisten der Demonstrationsteilnehmer religiös sind, wurden diese Demonstrationen von bestimmten Führern organisiert und haben spontan ein derartiges Ausmass angenommen. Diese "40 Tage" (gemeint ist ein religiöses Gesetz, das vorsieht, dass nach 40 Tagen der nächste Trauertag kommt - PR) waren in diesen Fällen mehr eine Taktik für die Demonstranten.

ÖKONOMISCHE SITUATION DER BAUERN UND DER ARBEITERKLASSE

PR: Inwieweit hat die "weisse Revolution" und haben die anderen ökonomischen Massnahmen, die das Schah-Regime im letzten Jahrzehnt ergriffen hat, die Lage der Bevölkerung verschlechtert? Z.B. sind ja die durch die Ölpreiserhöhung gewonnenen Mittel keineswegs zur Entwicklung des Iran verwendet worden. Im Gegenteil, sie sind zur militärischen Aufrüstung im Dienst der Imperialisten eingesetzt worden, bzw. sie fliessen direkt in die Industrienationen zurück. Auf anderen industriellen Gebieten als dem des Erdöls ist der Iran in den letzten Jahren gleichfalls "entwickelt" worden. Allerdings handelt es sich hier hauptsächlich um Montagebetriebe, die fertige Teile aus den imperialistischen Ländern zusammenmontieren - mit billigen Arbeitskräften und kräftigen Steuererleichterungen für die Imperialisten. Der Iran wird auch weiterhin als leicht und schnell auszubeutende Erdöl- und Erdgasquelle, als grosse und billige Montagehalle und als Anbaugebiet für die Luxusküche des Imperialismus benutzt (Südfrüchte, Spargel, Artischokken usw.). Von diesen "Entwicklungen" haben aber die Massen der Arbeiter und Bauern so gut wie nichts abbekommen.

AB: Die "weisse Revolution" war ein Plan der Imperialisten, um die kapitalistische Produktionsweise im Iran mehr auszubreiten. Wenn wir vor dem Schah-Regime in der Lage waren, alle für unser Land notwendigen Nahrungsmittel selbst zu produzieren, müssen wir jetzt 70% aus dem Ausland importieren. Durch die Zwangsenteignung wurden viele Bauern ihrer Arbeit beraubt und arbeiten jetzt in den Fabriken, wenn sie überhaupt Arbeit finden. Auch die Bauern, die es noch immer gibt, sind kaum in der Lage, zu existieren. Die Arbeiter müssen unter miserablen Arbeitsbedingungen arbeiten und unter ungeheuer hohen Lebensmittelpreisen leiden.

POLITISCHE REPRESSION - SOZIALE BASIS DES SYSTEMS

PR: Wie schaut die Repression im gesamten aus? Wir haben Informationen, dass die SAVAK im Iran 50.000 Angestellte hat, dass alle Bereiche der Medien Mitglieder der SAVAK aufnehmen müssen und dass jede staatliche Institution durch sie kontrolliert wird. Dazu kommt noch der ungeheure offizielle Polizei- und Militärapparat. Ist es richtig, dass sich das Schah-Regime heute weder auf eine Massenbewegung im Kleinbürgertum noch im Industrieproletariat stützen kann, sondern lediglich auf diesen ungeheuren Repressions- und Militärapparat, und, dass dieses System trotz der riesigen Unterdrükkung jetzt ins Schwanken gerät?

AB: Ja, das ist richtig. Das Regime kann nur durch diese militärischen, faschistischen Massnahmen der SAVAK und der anderen faschistischen Institutionen, wie der Rastachis - Partei regieren. Die "Liberalisierungen" des faschistischen Staates und die "Menschenrechtskampagne" Carters dienen bloss der Manipulation der Massen.

BÜRGERLICHE OPPOSITION

PR: Innerhalb der bürgerlichen Opposition gegen das Schah-Regime gibt es, wie uns bekannt ist, grosse Differenzierungen. Zum einen fordern einige Shiitenführer ein Regierungsmodell der westlichen parlamentarischen Demokratie. Sie erklären, dass es für sie unmöglich ist, einen Kompromiss in Richtung konstitutioneller Monarchie mit dem Schah-Regime einzugehen. So schreibt das "Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte" angesichts des Regierungswechsels, dass dies nur ein taktischer Trick ist, da bereits alle Mitglieder der neuen Regierung Funktionen in früheren Regierung inne gehabt hatten. Diese Massnahme zeigt die Blindheit und die Verwirrung der Verantwortlichen des Regimes angesichts des Umfanges und der Tiefe der Forderungen des Volkes: Generalamnestie, Auflösung der SAVAK, Abschaffung der Unterdrückergesetze". (aus "LM", 29.8.1978)
Im Gegensatz dazu erklären die "Gemässigten" ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber den Angeboten der "neuen" Regierung und fordern die Rückkehr zur Verfassung von 1906, die konstitutionelle Monarchie und die Mitwirkung des Klerus bei der Festlegung der Gesetze.
Andere Führer aus dem nationalistischen Bürgertum, das sich in der Nationalen Front seine Organisation gegeben hat, wie Chorum Sayabi, stellen sich ein Regierungsmodell vor, das "gewissermassen sozialistisch sein soll". Wie oben bereits erwähnt, fordert der wohl einflussreichste Führer der Shiiten Chomeini den vollständigen Sturz des Schah-Regimes.

AB: In Iran hat sich die Bewegung gegen das Schah-Regime um die vier Parteien der Nationalen Front geschart. Obwohl es grosse Unterschiede gibt - so haben z.B. die Moslems ihren eigenen Plan einer islamischen Regierung für den Iran - wollen alle freie Wahlen. In dieser Nationalen Front gibt es auch einen linken Flügel von Sozialisten. Nach der Umbildung der Regierung und der "Liberalisierung" haben alle oppositionellen Gruppen daran nicht geglaubt und erklärt: "Wir akzeptieren diese Regierung nicht." Die letzten schweren Zusammenstösse in Teheran waren nach der Umbildung der Regierung. Die Massen haben genau gegen diese Umbildung protestiert. Natürlich gibt es auch Leute, wie Sharriat Madari, die kompromissbereit sind. Aber wir sind überzeugt, dass sich das iranische Volk nicht durch Reformen die Demokratie nehmen kann, sondern nur durch einen gewaltsamen Kampf gegen das Schah-Regime.

PR: Es gibt doch sicher einzelne Teile innerhalb der Führung der Shiiten, die bereits in der Lage sind, die Interessen des Kleinbürgertums, vor allem der Bauernschaft, zu formulieren und so der Lage der Bauernschaft in gewisser Weise zu entsprechen um sie hinter sich zu bringen. Sicherlich gibt es irgendeine Partei, die diese Funktion erfüllt.

AB: Momentan gibt es keine. Die Bauern sind zur Zeit ohne Führung.

PR: Wir haben Informationen, dass sich Soldaten und auch Offiziere geweigert haben, auf Demonstranten zu schiessen, dass das Schah-Regime hundert Offiziere verhaftet hat und ein Verfahren eröffnet hat, in dem sie das Todesurteil erwartet. Könnte man davon sprechen, dass es heute innerhalb der Armee und der Polizei in Ansätzen eine Bewegung gibt, die selbst für den Sturz des Schah-Regimes eintritt? Hältst du eine Entwicklung wie in Portugal für realistisch?

AB: Letzten Freitag als 5.000 Menschen in Teheran auf dem Djalehplatz erschossen worden sind, haben, soweit ich gehört habe, drei Soldaten den Befehl verweigert, auf die Demonstranten zu schiessen, und haben 11 Offiziere erschossen. Ein Soldat hat sich aus Protest verbrannt. Vor drei Tagen hörte ich in den Nachrichten, dass sich zwei Leute als Soldaten verkleidet und sieben Offiziere in Täbriz umgebracht haben. Es kann bei den Soldaten durchaus möglich sein, dass viele gegen den Schah

sind, aber die Funktionäre des Militärs stehen voll und ganz hinter dem Schah-Regime. Genaueres kann ich aber nicht sagen. Einen Militärputsch halte ich jedoch heute für ausgeschlossen, auch wenn es Widersprüche innerhalb des Militärs gibt. Für das derzeitige Regime gibt es keine Alternative.

AGRARFRAGE

PR: Du meintest zuerst, dass die Bauernschaft ohne Führung sei. Heisst das, dass es momentan in Iran niemanden gibt, der die Agrarfrage stellt?

AB: Trotzdem haben die Bauern an den Demonstrationen teilgenommen - vor allem weil sie Mohammedaner sind und durch die schlechten Lebendsbedingungen und dem Schah-Regime angegriffen werden.
Sie stellen sich in eine gemeinsame Front nicht wegen religiöser Parolen, sondern wegen der einzigen Forderung, die momentan für die Leute in Persien wichtig ist: "Nieder mit dem Schah-Regime".

Es gibt momentan keinen ökonomischen Plan für die Bauern. Und ausserdem waren die grossen Demonstrationen in den Industriestädten, wie Teheran und Isfahan, so dass für die meisten Bauern schon allein aufgrund der Entfernung unmöglich war, daran teilzunehmen. In vielen anderen kleineren Städten waren sie dabei, aber nicht als Träger der Bewegung. Dies waren vor allem städtische und andere Mittelschichten.

BEWEGUNG DER ARBEITERKLASSE

PR: Wichtig für uns ist zu klären, welche Schichten der Arbeiterklasse sich an den Demonstrationen und Streiks beteiligen. Wie erklärst du dir auch die Streiks von Arbeitern in Täbriz, die mit der Erkämpfung von mehr Lohn und zusätzlichen drei Tagen Urlaub ihren erfolgreichen Abschluss gefunden haben?

AB: Die iranische Arbeiterklasse ist zwar soweit bewusst, dass sie an den Demonstrationen zum Sturz des Schah-Regimes teilnimmt, aber leider nicht so weit, dass sie zu einem direkten Kampf gegen das Schah-Regime und den Kapitalismus überhaupt übergeht. Die Zugeständnisse von seiten des Regimes in Bezug auf ökonomische Forderungen haben sie sich deshalb erkämpfen können, weil das Regime glaubte, dadurch die Arbeiterklasse zum Stillhalten bewegen zu können. Aber dies wird nur eine augenblickliche Beruhigung sein.

PR: Du würdest also sagen, dass das allgemeine Bewusstsein in Bezug auf Gewerkschaften und Streiks, gerade aufgrund der Bedingungen der totalen Unterdrückung sehr gering ist?

AB: Es gibt keine freien Gewerkschaften, sondern nur die "gelbe Gewerkschaft" des Schah-Regimes, in denen immer Angestellte der SAVAK die Kontrolle haben. Leider ist der Masse der Arbeiter noch nicht bewusst, dass sie selber Ansätze zu Komitees etc. organisieren könnten, um eine geheime Gewerkschaft aufzubauen. Ihr Bewusstseinsniveau ist leider sehr gering.

PR: Täbriz ist eine Region, in der überwiegend Minderheiten leben - vor allem Türken. Würdest du sagen, dass gerade Täbriz, wo es immer wieder zu schweren Aufständen kommt, ein Zentrum des Widerstands gegen das Schah-Regime darstellt, weil dort vorwiegend eine unterdrückte Minderheit lebt?

AB: Nein, das hat andere Gründe: Vielleicht psychologische Ursachen, aber die Menschen in Täbriz haben seit jeher an den Kämpfen teilgenommen und sind von daher bewusster.

PR: Man kann also nicht sagen, dass die iranische Revolution verbunden ist mit der nationalen Frage?

AB: Nein, das ist übertrieben.



Wie lange noch werden die iranischen Massen sein Terror-Regime erdulden müssen?

DIE LINKE IM IRAN

AB: Die Linken sind in Persien zur Zeit sehr schwach. Es gibt keine Organisation, die in der Lage wäre, die Idee des Sozialismus in die Massen hineinzubringen - trotz des lang andauernden Kampfes gegen Faschismus, Imperialismus und die Reaktion. Die faschistische Unterdrückung durch das Schah-Regime ist ein Grund für diese Schwächen. Unsere Alternative ist die linke Plattform, im Ausland mit 12 Punkten: unter anderem - Sturz des Schah-Regimes und des Imperialismus und Auflösung jeder geheimen und offiziellen Polizei - Freiheit für alle politischen Gefangenen - Unterstützung jeder demokratischen Bewegung gegen das faschistische Schah-Regime und dem Imperialismus ohne politische Einschränkung - Für freie Arbeiterorganisationen: Gewerkschaften, Räte und Parteien - Abbruch aller Verträge, mit denen der Imperialismus den Iran ausbeutet.
Wichtig für den Iran selber ist, dass vor allem die Linke unter brutaler und militärischer Unterdrückung steht.

Die meisten Genossinnen und Genossen sind erschossen oder im Gefängnis. Deshalb, auch weil im Iran selbst jede marxistische und sozialistische Literatur verboten ist, konnte es keine Diskussion über Themen wie die Beziehungen der Revolutionäre zur Arbeiterklasse, Bürgerkrieg, Parteiaufbau und anderes, vor allem aber nicht zu einer Vereinigung der Linken kommen.
Bei den letzten Attacken des Schah-Regimes sind viele der Volksfedayin ins Gefängnis geworfen oder ermordet worden. Ein kleiner Teil hat die bisherige Linie des bewaffneten Kampfes mit zwei, drei Aktionen weitergeführt, ein anderer Teil hat diese Linie kritisiert.

PR: Hast du Informationen über die KP des Iran? Welche Politik betreibt sie und wie stark ist sie?

AB: Sie hat in den Massen, auch im Industrieproletariat, im Gegensatz zu früher, nur sehr wenig Einfluss. Sie ist total abhängig von der Sowjetunion.

FORTSETZUNG IN BER NÄCHSTEN AUSGABE DER 'PERMANENTEN REVOLUTION'

FORTSETZUNG VON SEITE 1

NICARAGUA...

Mehrere Tage brauchte Somozas hauseigene Nationalgarde, um die 60.000 Einwohner zählende drittgrösste Stadt Nicaraguas Matalgalpa zurückzuerobern.

Die vierhundert (zumeist Schüler, Studenten und junge Arbeiter) mit Revolvern, Messern, primitiven Gewehren und selbstgebastelten Bomben miserabel ausgerüsteten Kämpfer der "Frente Sandinista" trieben die tausendköpfige, mit modernsten Waffen (Maschinengewehre, leichte Artillerie, Panzerwagen und Luftwaffe) ausgerüstete Prätorianergarde Präsident Somozas mehrmals in die Kasernen zurück, ehe sie sich wegen Munitionsmangels in die Berge zurückziehen mussten. Die Bevölkerung Matagalpas stand aktiv und geschlossen hinter der FRENTE SANDINISTA DE LEBERACION NACIONAL (Nationale Sandinistische Befreiungsfront= FSLN). "Wir Alten schicken sie in den Kampf. Die ganze Stadt betet, dass sie durchhalten.", konnte man vernehmen.

Der Widerstand der jahrzehntelang unterdrückten, ausgeplünderten und verhöhnten Bevölkerung rückte uns die Arroganz oder bestenfalls die Gedankenlosigkeit des Begriffs von der "Bananenrepublik" wieder ins Bewusstsein. Aber Nicaragua ist keines jener "geschichtslosen Völker", der Bürgerkrieg kam nicht wie ein unvorhersehbarer Vulkanausbruch. Nicaragua hat eine lange Geschichte des Leidens und des Kampfes gegen imperialistische Ausplünderung und die "Somoza-Clique".

DIE MACHTERGREIFUNG DER SOMOZAS

1926 wurde Nicaragua von US-Marinesoldaten besetzt. Ziel der US-Intervention war es, den Chamorro-Clan und Adolfo Diaz zu stützen. Illegal an die Macht gelangt, vertraten diese die US-Interessen in Nicaragua. Die Besetzung durch US-Truppen beschleunigte das Entstehen einer nationalen Befreiungsbewegung und trotz massiver US-Hilfe gelang es den Putschisten Emiliano Chamorro nicht, das regierungstreue Heer zu schlagen. Vor der entscheidenden Schlacht vor den Toren der Hauptstadt Managua gelang es den US-Gesandten Stimpsen, die "regierungstreuen" Generäle zu einem Frieden unter US-Diktat zu bewegen. Lediglich der Arbeitersohn und General Augusto Cesar Sandino (nachdem sich die heutige Befreiungsfront benennt) kapitulierte nicht und organisierte von 1928 bis 1933, gestützt vor allem auf Bauern, einen erfolgreichen Guerillakrieg gegen die US-Invasoren. 1933 mussten unter Druck von Teilen der Demokratischen Partei in den USA die Invasionstruppen zurückgezogen werden. Die USA hatten jedoch vor ihrem Abzug erfolgreich eine "Nicaraguaisierung" des Krieges erreicht. Die von den US-Truppen ausgebildete Guardia Nacional (Nationalgarde) wurde zum Hauptträger des Kampfes gegen die von Sandino geführte Guerillabewegung. Führer der Nationalgarde wurde Anastasio Somoza. 1934 wurde Sandino unter dem Vorwand eines Friedensangebotes in die Hauptstadt Managua gelockt und dort von Somozas Nationalgarde unter Einverständnis des US-Botschafters Bliss Lane am 21. Februar ermordet.

1936 vervollständigte Somoza seine faktische Militärherrschaft durch einen Staatsstreich. Seitdem hat der Somoza-Clan, aufs engste mit US-Kapital versippt, die uneingeschränkte Herrschaft in Nicaragua und eignete sich allmählich ca. 50% der Reichtümer des Landes an. Somoza vertritt seitdem die US-Interessen in Nicaragua, jene Interessen, die für den gesamten Leidensweg in der Geschichte des Volkes von Nicaragua bestimmend waren.

NICARAGUA - EINE UNTERDRÜCKTE NATION

Die Geschichte der imperialistischen Unterdrückung Nicaraguas ist zentral gekennzeichnet durch die ausserordentlich wichtige geopolitisch-militärstrategische Lage des Landes.
1743 wird die Ostküste durch England zum Protektorat erklärt und später der Versuch unternommen, Nicaragua in eine Monarchie umzuwandeln. Ziel der englischen Politik war es vor allem, sich die Kontrolle für einen geplanten Kanal zwischen dem Atlantischen und Pazifischen Ozean zu sichern.

Während dieser Zeit ist die Politik der USA bestrebt, die Einigungsbewegung der mittelamerikanischen Staaten zu fördern, um England aus dieser Region herauszudrängen (Monroe Doktrin). Erst nachdem England die Kontrolle über diese Region verliert, wird die "Teile- und Herrsche-Politik", die Politik der Zersplitterung Mittelamerikas, zur Hauptlinie der US-Strategie (z.B. die erzwungene Abtrennung Panamas von Kolumbien).



1855 wird Nicaragua erstmals von amerikanischen Söldnern unter Führung von William Walker besetzt, der sich selbst zum Präsidenten erklärt und von der US-Regierung anerkannt wird. Ziel der Intervention war wiederum die Verbindung zwischen den beiden Weltmeeren herzustellen und die mittelamerikanischen Staaten in die Konföderation der USA einzugliedern. Der Bevölkerung von Nicaragua gelang es jedoch, die Invasoren mit Hilfe anderer mittelamerikanischer Völker mit Waffengewalt zu vertreiben.

1909 wird die nationalistische Regierung von J.S. Zelay gestürzt und das Land erneut von US-Truppen besetzt. Anlass war die Weigerung Zelays, den USA die Rechte über einen zu bauenden Kanal zu überlassen und sein Vorhaben eine eigenständige, nationale Wirtschaft aufzubauen. In der Folgezeit, setzten praktisch die USA die Präsidenten Nicaraguas ein und erzwangen dazu einen auf 99 Jahre befristeten "Pachtvertrag" über die Corninseln in der Karibik. Zoll-, Eisenbahn- und Bankwesen gehen in US-Hände über. Den Manager der "Rosario & Light Mines Company", Adolfo Diaz, lassen die USA zum Präsidenten "wählen".
1914, als der Panamakanal eröffnet wird, erzwingen die USA den "Bryan-Chamorro-Vertrag", der den USA "auf immer und ewig" die Rechte für den Bau eines Kanals durch Nicaragua sichern sollte. Erst 1925 verliessen die US-Truppen das Land, als die Widerstandsbewegung geschlagen schien und die Marionettenregierung sicher im Sattel sass. Aber schon 1926 zwangen die wiederauflebenden Widerstandskämpfe und die nationalistische Politik von B. Martinez und J.B. Sacasa erneut die Amerikaner zur Intervention. Flächenbombardements und das Niederbrennen ganzer Städte durch die Nordamerikaner führten zur Wiedereinsetzung des Marionettenpräsidenten Adolfo Diaz. Erst 1933 konnten die US-Truppen wieder hinausgeworfen werden, aber auf Kosten einer erfolgreichen Nicaraguaisierung des Krieges (siehe oben).

DIE US-STRATEGIE IM WANDEL

Die geopolitische Lage Nicaraguas blieb weiter bestimmend für die US-Strategie. Die Kontrolle über Mittelamerika bedeutet militärisch und handelspolitisch die Kontrolle über einen wesentlichen Teil des Welthandels. Gerade die totale Überlastung des Panamakanals erfordert zwingend das alte Projekt eines zweiten Kanals durch Nicaragua. Daneben ist Nicaragua die Rolle eines US-Polizisten im mittelamerikanischen Raum zugedacht.

Nach dem 2. Weltkrieg und besonders dem Desaster in Kuba modifizierten die USA ihre Teile und Herrsche-Politik in Mittelamerika. Über den Consejo de Defensa Centroamericano (CONDECA), dem Zentralamerikanischen Verteidigungsrat (1963) und dem Mercado Comun Centroamericano (MCC), dem gemeinsamen Markt Mittelamerikas (1961) versuchten die USA, ihrer Einflusssphäre in dieser Region eine breitere militärische und ökonomische Basis zu verleihen. Ein Projekt, das an den zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen dieser Länder im wesentlichen scheiterte.

DIE ÖKONOMISCHE ABHÄNGIGKEIT NICARAGUAS

Obwohl der Anteil der sogenannten traditionellen Exportgüter Mittelamerikas (Baumwolle, Kaffee, Zucker, Bananen) in der Produktion in den letzten 20 Jahren in Nicaragua von ca. 60% auf fast 40% gesunken ist und der Anteil der Industrieprodukte auf fast 20% stieg, ist die Wirtschaft Nica-

raguas weiterhin gekennzeichnet durch: erstens, einen enormen unproduktiven Sektor, zweitens durch Vorherrschaft der Landwirtschaft und drittens durch völlige Abhängigkeit und Unterordnung der Wirtschaft unter die Interessen der imperialistischen Zentren.
Der Grossgrundbesitz ist ausschliesslich auf den Export orientiert, und die winzige Produktivität der Kleinparzellen ist nicht in der Lage, für einen inneren Markt zu produzieren, sodass trotz äussert fruchtbarer Böden ein permanenter Mangel an Grundnahrungsmitteln herrscht.
Das Schwanken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die niedrige Produktivität der Parzellenwirtschaft, die weltweite Rezession anfang der siebziger Jahre, die Roya-Pilz-Epidemie in den Kaffeepflanzungen 1977 und die durch Trockenheit verursachte Missernte bei der Baumwolle haben zu einem rasanten Verarmungsprozess der Landbevölkerung geführt. Die Industrie ist so gut wie vollständig in ausländischen Händen. Die wichtigsten ausländischen Konzerne sind: Esso, Texaco, ICI, Bracon Manufacturing, Westinghouse, Electric, Nestlé, Tenessee Corporation, Occidental Petroleum, NIPCO, Standart Fruit, Consolidated Foods Corp., Siemens, Hoechst, Bayer.

Die Situation ist dadurch besonders gekennzeichnet, dass die an sich schon äusserst schwache nationale Bourgeoisie im wesentlichen durch die Übermacht des Somoza-Clans, der wiederum eng mit dem US-Kapital verklammert ist, erdrückt wird.

Nur dies und nicht etwa Menschenrechte oder ähnliches erklärt auch, warum im letzten Generalstreik gegen Somoza die Bourgeoisie mitzog. In einem Flugblatt des "Büros Nicaragua" werden z.B. die folgenden Angaben zur ökonomischen Macht der Somozas gegeben: Der Somoza-Clan soll, nach ungesicherten Schätzungen, ein Privatvermögen von etwa 2 Milliarden DM zusammengerafft haben: Vieh-Haziendas, Baumwoll-, Kaffee- und Zuckerplantagen (insgesamt etwa 1/3 des kultivierten Grundbesitzes, wobei die Schätzungen erheblich differieren), Goldminen, Brauereien, Textilfabriken, Bau- und Transportunternehmen, die nationale Fluggesellschaft LANICA und die Schiffahrtslinie Ma MAMENIC, Hafenanlagen, die Generalvertretung von Mercedes-Benz und so weiter... 1971 besassen oder kontrollierten sie 117 Industriebetriebe. Somoza kontrolliert durch seine politische Macht neben Privatbanken die staatlichen Entwicklungsinstitutionen und damit die Kreditvergabe. Um den Somoza-Clan... schart sich neben den anderen Grossgrundbesitzern das Auslandskapital, das sich an der Ausbeutung von Land und Leuten beteiligt. Die Kapitalunion, die die Somoza-Dynastie mit zumeist US-amerikanischen Investoren eingegangen ist, macht die Familie zum besten Verbündeten der USA in Mittelamerika. Soweit die Angaben des Nicaragua Büros.
Die Auslandsschulden Nicaraguas sind inzwischen auf über eine Milliarde Dollar angewachsen, die Devisenreserven schrumpfen rapide, die Staatskasse ist durch die Somozas geplündert, die Inflationsrate schwankt zwischen 12% und 20%, und die offene und verschleierte Arbeitslosigkeit dürfte mindestens 20% betragen. Der ländliche und städtische Verarmungsprozess hat zur Herausbildung eines Subproletariats geführt.

DIE POLITISCH-GESELLSCHAFTLICHE STRUKTUR NICARAGUAS

Der Somoza-Clan im Bündnis mit dem US-Kapital, dem Grossgrundbesitz und gestützt auf die Nationalgarde stellt das herrschende Regime dar. Politisch stützt Somoza seine Herrschaft auf die Partido Liberal Nacionalista (PLN). Daneben finanziert und fördert er hauseigene "Oppositionsparteien", die Partido Conservador Tradicionalista und die Partido Conservador Nicaraguense.

Die in Opposition stehenden Teile der nationalen Bourgeoisie (einschliesslich der KP!!) sind in der "Demokratischen Befreiungsfront" (UDEL) zusammengefasst. Geführt von "zu kurz gekommenen" und unter ungleichen Bedingungen gegen Somoza konkurrierenden Bourgeois (etwa dem Chamorra-Clan) schwankt die UDEL zwischen äusserst zaghafter Opposition gegen Somoza und der Angst vor der "Frente Sandinista". Das Programm der UDEL beschränkt sich darauf, der Somozagruppe den Staatsapparat und die ökonomische Macht zu entreissen, sowie vagen Demokratisierungsversprechungen.
Die FSLN wurde 1962 gegründet. Geführt von kleinbürgerlichen Intellektuellen und getragen von Teilen der Bauernschaft, geniesst die "terroristische" FSLN die offene Sympathie der Mehrheit der Bevölkerung. Die Intelligenz, Landarbeiter, arme Bauern, altes und neues städtisches Kleinbürgertum, Subproletariat und junge Arbeiter sind die sozialen Stützen dieser Organisation, die selbst nur einige hundert aktive Mitglieder umfasst.

Das Programm ist keinesfalls ein revolutionäres Programm der Arbeiterklasse, aber es enthält eine Reihe radikaldemokratischer und antiimperialistischer Forderungen (Bodenreform, Nationalisierung der Industrie), deren soziale Dynamik in Massenkämpfen nicht nur den Somoza-Clan, sondern auch die übrigen Teile der Bourgeoisie (UDEL) das Schlimmste befürchten lässt. Es gibt in der FSLN mehrere Strömungen, aber mehrheitlich ist die FSLN wohl an Kuba orientiert (obwohl Kuba bisher keinen Finger für die FSLN krumm gemacht hat).
Die FSLN versteht sich als eine "militärisch-politische Organisation, deren Ziel die Übernahme der politischen Macht durch die Zerstörung des bürokratischen und militärischen Apparats der Diktatur und die Errichtung einer Revolutionären Regierung auf der Grundlage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern und aller patriotischen Kräfte ist" (aus dem Programm der FSLN, zitiert nach dem "Lateinamerika Jahrbuch" Nr. 1, S. 276, Berlin 1977).

Der FSLN ist es erst in den letzten Jahren gelungen, in dem Städtedreieck Granada, Leon, Managua ansatzweise Fuss zu fassen (hier sind 50% der Bevölkerung und Industrie auf 7% der Landesfläche konzentriert).
Die Macht der FSLN hat mit dazu geführt, dass 1976 unter dem Deckmantel der CONDECA (s.o.) die Nationalgarde unter US-amerikanischem Kommando die Operation "Aguila VI" durchführte, um die Guerilla zu zerschlagen. Dörfer wurden niedergebrannt, Bomben und Napalm geworfen und eine Strategie der verbrannten Erde praktiziert. Dabei wurden führende Kader der FSLN getötet.



Die Massen des Landes kämpften heldenhaft gegen die Diktatur des Freundes der lächelnden Erdnuß...

DIE EREIGNISSE SEIT 1977

Die sich zuspitzenden inneren Widersprüche Nicaraguas und der zunehmende äussere Druck auf Somoza führten ab 1976 zu einem raschen Aufschwung der Massenkämpfe: Streiks, Strassendemonstrationen und Guerillaaktionen brachten das Somoza-Regime in Schwierigkeiten.

Die USA verfolgten eine Doppelstrategie, militärische Hilfe für Somoza, um die Guerillabewegung zu zerschlagen und zugleich

Druck auf Somoza, um ihn zu Zugeständnissen zu bewegen. Aber bei den anhaltenden Kämpfen wirkte die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Aufhebung der Pressezensur nicht als Sicherheitsventil, sondern wie eine Bombe.

Dazu kam, dass die vom Ausland diktierte Rosskur, um die Staatsfinanzen zu sanieren, eine 5%ige Exportsteuer mit sich brachte, die die am Export orientierte Bourgeoisie insbesondere den Grossgrundbesitz gegen Somoza aufbrachte.

In dieser Situation brachte die Oktoberoffensive der FSLN das Somoza-Regime erstmals in ernsthafte militärische Schwierigkeiten. Scharenweise strömten Jugendliche der FSLN zu. "Diese Offensive sah zusammengefasst folgendermassen aus: In der Nacht des 12. Oktober griff eine Einheit der FSLN im Norden stationierte Truppen der Nationalgarde 5 km von Ocotal entfernt an. Einige Stunden später, am frühen Morgen des 13. Oktober, überfiel ein Kommando der FSLN die Kaserne von San Carlos, eines stark befestigten Ortes an der Grenze zu Costa Rica. Am selben Tag nahm ein weiteres Kommando der Südfront der FSLN die Ortschaft Cadenas in der Provinz Revas ein, die Soldaten flohen, ohne Widerstand zu leisten. Am 17. Oktober überfiel die FSLN das Kommando der Nationalgarde in der Stadt Massay, 30 km von der Hauptstadt entfernt, dabei schafften es drei Mitglieder der Sandinisten, während einiger Stunden eine 150 Mann zählende Verstärkung der Nationalgarde auf halber Höhe zwischen der Hauptstadt und Massay aufzuhalten. Gleichzeitig fanden vereinzelte Zusammenstösse in Managua statt. Ab Oktober mehrten sich Störfeueraktionen und kleinere Angriffe auf die Nationalgarde, die dazu führten, dass diese sich in ihre Hauptstützpunkte und Kasernen zurückzog und nur mit äusserster Vorsicht Truppenbewegungen durchführte." (Lateinamerika Jahrbuch 2, S. 324)
Der Versuch Somozas, den Konflikt zu internationalisieren, d.h. dass Land durch einen äusseren Feind (Costa Rica) zu "einigen", scheiterte, und die innere Repression nahm zu. Teile der oppositionellen Bourgeoisie bekamen es allmählich mit der Angst zu tun. Die "Erklärung der 12" denunzierte öffentlich die Diktatur, Tausende unterschrieben, aber Somoza entblödete sich nicht, die 12 Erstunterzeichner als Landesverräter zu bezeichnen.

Eine Gruppe von Priestern und Schriftstellern reiste in die USA, um Kongressabgeordnete davon zu überzeugen, dass die USA Somoza die Unterstützung entziehen sollten. Sie forderten: 1. Abzug der Militärberater, des technischen Personals aus dem Gebiet der Republik Nicaragua, da ihre Anwesenheit der Aufrechterhaltung des Regimes dient und sich gegen das Volk richtet. 2. Einstellung der Lieferung von Waffen, Munition und technischem Gerät. 3. Einstellung aller Finanzierungshilfen für die Guardia Nacional und die Familie Somoza. Denn jede militärische Hilfe dient der Unterdrückung der Bürger Nicaraguas und vermehrt Not, Terror und Leiden. 4. Einstellung aller Kredit- und Spendenzahlungen, sowohl von seiten der US-Regierung und ihrer Vertretungen als auch von seiten internationaler Finanzierungsorganisationen.

Lediglich die Führung der UDEL schwieg und schwankte, ob sie nicht angesichts der Massenradikalisierung doch mit Somoza paktieren sollte. Erst als die Massenbewegung drohte, ausser Kontrolle zu geraten, versuchte die UDEL, durch Ankündigung eines von ihr gesteuerten Generalstreiks die Bewegung in den Griff zu bekommen. Daraufhin versuchte Somoza durch Aufhebung des Preiskontrollgesetzes die Opposition zu spalten, d.h. einerseits die an höheren Preisen interessierten Bourgeois und Kleinbürger zu sich herüberzuziehen, andererseits die Massen auf ein anderes Ziel zu orientieren. Aber der Plan scheiterte. Am 10. Januar wird ein Oppositionspolitiker aus dem Chamorro-Clan ermordet - die Massen kommen nicht zur Ruhe.
Immer noch hofft die oppositionelle Bourgeoisie auf die USA. Aber der ewig grinsende Erdnussknacker aus dem Weissen Haus in Washington weiss zu verkünden, dass sich "die Menschenrechtssituation in Nicaragua 'spürbar gebessert' habe" ("Der Spiegel" vom 28. August 1978).

Seitdem hüllt sich die US-Regierung meist auffällig in Schweigen, "vermittelt" aber hinter den Kulissen <u>für</u> Somoza.
Die FAZ schreibt am 2.9.: "In Nicaragua fällt es schwer, die Haltung Washingtons noch als Neutralität zu bezeichnen. Die Enttäuschung wächst. Offensichtlich liegt den Amerikanern daran, den General Somoza zumindest bis 1981 an der Macht zu halten." Die USA <u>können</u> Somoza nicht ohne weiteres fallen <u>lassen</u> (obwohl sie es vielleicht müssen), denn zum einen verkörpern die Somozas wie niemand anderer die Stellung des US-Kapitals in Nicaragua, zum zweiten steht und fällt der Plan der USA, eine zentralamerikanische Streitmacht aufzustellen mit Nicaraguas Nationalgarde. Die Nationalgarde ist jedoch Somozas hauseigene Truppe.
Im März dieses Jahres richtete die FSLN den Generalstabschef der Nationalgarde Perez hin. Schliesslich brachte die erfolgreiche Geiselnahme im August das Fass zum überlaufen. Zehntausende standen am Strassenrand als die Kämpfer der FSLN mit ihren Geiseln zum Flugplatz fuhren und jubelten begeistert: "Nieder mit Somoza, Viva Sandinista".
Die bürgerliche Opposition trat endgültig die Flucht nach vorne an, der Generalstreik wurde wieder proklamiert. Die Geschäftsleute fürchten, dass, je länger Somoza im Amt bleibt, umso mehr sich der Befreiungsfront der Sandinistas anschliessen (siehe DIE WELT vom 1.9.1978).

Die gelungene Geiselnahme führte unterdessen zu einer Spaltung in der Nationalgarde. 85 Offiziere wurden verhaftet, weil sie mit Somozas "lahmer Haltung" nicht einverstanden waren.
Der Generalstreik ist vollkommen, Geschäfte der Familie Somozas wurden niedergebrannt.

Der Generalstreik weitet sich zum Bürgerkrieg aus. Die Stadt Matagalpa wurde zum Symbol des Widerstandes. In vielen Dörfern und Kleinstädten weht nur noch die schwarz-rote Fahne der FSLN. Die Bevölkerung Nicaraguas weiss, scheitert der Aufstand diesmal, so werden die Kettenhunde Somozas ein Blutbad anrichten, das in der Geschichte Nicaraguas seinesgleichen sucht.
Die Nationalgarde wird von Exilkubanern und Vietnamveteranen verstärkt, die FSLN hingegen erhält dauernd Zustrom von der Bevölkerung. Unterdessen fordert die FSLN die Bevölkerung auf, nicht der bürgerlichen Opposition zu trauen, sondern sich den bewaffneten Kämpfern der FSLN anzuschliessen.

DIE PERSPEKTIVEN

Soll das Somoza-Regime nicht durch ein anderes bürgerliches Regime ersetzt werden, so muss die in ihrer Mehrheit "fidelistische" FSLN ihren Kurs ändern. Revolutionäre hätten die Aufgabe innerhalb (fraktionell) und ausserhalb der FSLN für ein Klassenprogramm einzutreten. Dazu gehört: Vorantreiben des Generalstreiks zum bewaffneten Aufstand; die armen Bauern und die arme städtische Bevölkerung muss aufgerufen werden, sich Waffen zu suchen, wo sie zu finden sind und sich in Arbeiter- und Bauernmilizen zusammenzuschliessen, sich selbst ihre Führer zu wählen und allen bürgerlichen Oppositionellen zu misstrauen; möglichst viele strategisch wichtige Punkte zu besetzen oder wenigstens zu verunsichern, alle Einrichtungen des Somoza-Regimes zu demolieren, Kaufhäuser und Supermärkte (<u>nicht</u> kleine Läden) zu stürmen und die Nahrungsmittel organisiert zu verteilen, sich selbst ständige und jederzeit abwählbare Vertretungsorgane zu wählen (Stadtteilräte, Dorfräte, Fabrikkomitees, Lebensmittel- und Waffenverteilungskomitees); die grossen Güter zu besetzen, und die Fabrikherren zu vertreiben und die Fabriken unter ihre Kontrolle zu nehmen, der Apell an die praktische Solidarität aller Werktätigen Mittelamerikas muss ergehen. Das Ziel muss klar genannt werden: Eine Sozialistische Republik Nicaragua im Rahmen eines sozialistischen Zentralamerikas.

Die FSLN hat dieses Programm nicht, und ist an Kuba orientiert. Aber die Situation ist anders als in Kuba. Hier stürzt nicht eine verhältnismässig kleine Guerillabewegung ein morbides System unter <u>passiver</u> Sympathie der Bevölkerung, sondern <u>die</u> gesamte Bevölkerung steht <u>aktiv</u> selbst im Kampf, und die FSLN ist nur <u>ein</u> Teil der Bewegung. Auch ist die geopolitisch-militärische Lage mit der Insel Kuba nicht zu vergleichen, die Errichtung eines <u>deformierten</u> Arbeiterstaates hat hier <u>nicht die geringste</u> Chance. Die Gefahr einer imperialistischen Intervention ist sehr viel grösser als im Falle Kubas. Nicaragua wäre nur unter permanenter <u>revolutionärer</u> Massenmobilisierung zu <u>halten, die schliesslich</u> auch auf die anderen mittelamerikanischen Staaten übergreifen müsste. Die wahrscheinliche Alternative ist leider nur ein reformierter Somozismus - mit oder ohne Somoza.

4. September 1978

Aus: 'spartacus', Nr. 47



CSSR:

10 Jahre danach...

Da wir uns in der Ende September erscheinenden Ausgabe unseres theoretischen Organs 'Ergebnisse u. Perspektiven' ausführlich mit allen Aspekten des "Prager Frühlings", seinen Grundlagen und Perspektiven beschäftigen werden, wollen wir hier nur kurz einige Gedanken wiedergeben, die uns in den Tagen beschäftigten, als alle Welt des Jahrestages der Besetzung der CSSR gedachte.

DIE REDAKTION

Langsam legt sich alles. Serien und "Augenzeugenberichte" in den diversen Illustrierten und Boulevardblättern laufen aus, die Pflichterklärungen von gewöhnlichen reaktionären Politikern, Sozialdemokraten, Kardinälen, deren Bekenntnisse zur "Demokratie" sind fast schon vergessen, Kränze und Kerzen, die um diesen 21. August gelegt, bzw. angezündet wurden, sind gewelkt und ausgebrannt.

Alle Welt hat über die so brutal unterbrochene "Demokratisierung" geweint, die so nahe von uns, vor nun schon zehn Jahren passierte. Doch wer weint da warum und worüber? Von den reaktionärsten Presseprodukten, die jede Zerschmetterung einer Bewegung, die sich gegen den Kapitalismus richtet, mehr oder weniger begeistert begrüssen, bis zu den rechten und mehr oder weniger linken Sozialdemokraten, die zu fast allem bereit sind, um den Kapitalismus am Leben zu erhalten - alles "Freunde des Prager Frühlings"...

Welch ein Schauspiel. Der chinesische Parteivorsitzende warnt das kapitalistische Europa vor "den Russen", die Moskau-Stalinisten ergehen sich in einer üblen Verleumdungskampagne gegen die führenden Vertreter des "Prager Frühlings", die wieder einmal als "Abenteurer" beschimpft werden, welche nichts anderes wollten, als den Kapitalismus in der CSSR zu restaurieren...

Wenn diese Zeilen gedruckt werden, wird ein anderer Jahrestag bereits vorüber sein - Chile. Und wir werden sehen, dass all jene, die um den 21. August nicht müde wurden, von den "Menschenrechten" zu sprechen, schweigen, oder mit einem bedauerlichen Achselzucken jenen unerbittlichen Terror gegen die Arbeiter und Bauern Chiles "bedauern" werden. Serien wird es keine geben und auch dem chinesischen Parteivorsitzenden wird zu Chile wenig einfallen.

Doch um dieser 'Alternative' des politischen Irrsinns zu entkommen - hier die Reaktion, die das Ende des "Prager Frühlings" beweint, da die Moskau-Stalinisten, die diese 'Unterstützung' benützen, um das angebliche, verwerfliche Ziel der Bewegung um Dubcek zu 'beweisen' - sind Überlegungen nötig, die jene Ebene der "Menschenrechtsverletzungen" verlassen.

Wo liegen die Gründe dafür, dass der "demokratische Kapitalismus" so leicht die damalige Entwicklung in der CSSR und die Emigrantenbewegung sowie die in der CSSR selbst agierenden oppositionellen Kräfte für sich beanspruchen kann?

Bei der Beantwortung dieser Frage stossen wir unweigerlich auf die politisch/ideologische Substanz jener führenden Vertreter des "Prager Frühlings", die entweder noch im Lande selbst leben, oder im Kapitalismus als Emigranten versuchen, ihre Sache zu verteidigen. So selbstverständlich es ist, diese Bewegung gegen die tollwütigen und entwürdigenden Verleumdungen der Moskau-Stalinisten zu verteidigen, so notwendig ist es ebenso, sie offen zu kritisieren. Unsere Solidarität mit dem "Prager Frühling" kann keinesfalls bedeuten, in einer Reihe mit den offen reaktionären Kräften und mit der heuchlerischen Sozialdemokratie zu stehen, wenn es gilt, den Einmarsch zu verurteilen. Wenn vor allem die Sozialdemokratie so mühelos und ohne politische Gegenwehr der Emigranten den "Prager Frühling" für sich beanspruchen kann, dann liegt dies vor allem bei den Emigranten selbst, an deren politischer Konzeption, die voll von Illusionen und Unklarheiten ist. Sie alle haben es verabsäumt, in diesen zehn Jahren ein politisch unabhängiges Konzept zu erarbeiten, welches es erlauben würde, die Verteidigung des "Prager Frühlings" mit einer Politik zu verbinden, die keinerlei Illusionen in die 'soziale Demokratie' erlaubt. Ihre Beschränkung auf das Aufzeigen und Anprangern von "Menschenrechtsverletzungen" in der CSSR und in anderen deformierten Arbeiterstaaten, ihre furchtbaren Illusionen in die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki haben sie tatsächlich in eine gefährliche Nähe zur Sozialdemokratie gebracht, und ohne Zweifel haben einige der Emigranten Positionen rechts von der Sozialdemokratie eingenommen.

Die Ursachen für diesen politisch/ideologischen Zerfall bzw. für diese Stagnation sind in dem Versäumnis zu sehen, sich als Bewegung zu konstituieren, die nicht nur die Aufgabe wahrnimmt, den "Prager Frühling" zu verteidigen und die politische Unterdrückung in der CSSR aufzuzeigen und zu verurteilen (so notwendig dies natürlich ist), sondern darüber hinaus eine eigenständige Politik entwickelt, die sich gegen den Kapitalismus richtet. Wir wissen, dass die Emigranten nicht in kommunistischen Parteien gross wurden, in denen eine Entwicklung zum Internationalismus möglich ist. Tatsächlich ist ihr politisches Niveau - unverschuldet - erschreckend gering, und sie sind allesamt Gefangene des Modells der "friedlichen Koexistenz".

Wir wissen, dass eine freie Auseinandersetzung und Diskussion in den deformierten Arbeiterstaaten nicht möglich ist, die die Voraussetzung ist, um eine alternative marxistische Methode zu entwickeln, und dass daher die Emigranten und ihre Genossen in der CSSR unweigerlich Merkmale des stalinistisch/reformistischen Gedankengebäudes aufweisen.

Und dennoch: Zehn Jahre sind vergangen, in denen sie es verabsäumt haben, die Politik der Sozialdemokratie und des 'Euro-Kommunismus' anzuprangern, die doch nichts als die Kehrseite der Politik Breschniews-'demokratisch'verziert - darstellt.

Was wir von den Vertretern des "Prager Frühlings" verlangen müssen, ist die Entwicklung einer Politik, die sich klar als antikapitalistisch versteht und entsprechende Taten setzt. Eine Politik, die klarmacht, dass der "Prager Frühling" auch die Interessen und Ziele der Arbeiterklasse im Kapitalismus betrifft. Erst eine solche Politik würde es der Reaktion verunmöglichen, das, was vor zehn Jahren in der CSSR sich entwickelte, für sich zu vereinnahmen.

Natürlich - die Verleumdungen von Seiten der Moskau-Stalinisten würden damit nicht verschwinden, und gegen sie gilt es auch Pelikan, Mlynar und all die anderen zu verteidigen. Aber wir können uns nicht damit begnügen, bei der simplen Formel "Stalinismus Nein - Sozialismus Ja" stehenzubleiben, die ohne die geringste Mühe vom sozialdemokratischen Antikommunismus aufgesogen und ausgenützt werden kann. Dort, wo die Emigranten und ihre Genossen in der CSSR kritiklos den 'Euro-Kommunismus' hinnehmen, ohne zu begreifen, dass diese Parteien durch ihre Politik im Begriffe sind, eine furchtbare Niederlage der Arbeiterklasse vorzubereiten, dort, wo sie die heuchlerische 'Solidarität' eines Brandt und Kreisky (von Strauss, Kohl und Konsorten ganz zu schweigen) hinnehmen, ohne die Politik der Sozialdemokratie anzugreifen, müssen und werden wir sie kritisieren. Gerade weil ihre politische Entwicklung in der geistig toten Welt des Stalinismus eine revolutionäre Entwicklung verhinderte, brauchen die Emigranten und jene gedemütigten und gebrochenen Genossen in der CSSR eine politische Auseinandersetzung mehr, als jene dumme inhaltslose "Solidarität", wie sie uns von weiten Teilen der Linken in den Tagen um den 21. August demonstriert wurde.

Denn diese Auseinandersetzung und Diskussion ist doppelt nötig. Einerseits würde eine Politik der Vertreter des "Prager Frühlings", die frei von Illusionen in den 'demokratischen Sozialismus' ist, nicht von der Reaktion bürgerlicher und sozialdemokratischer Richtung vereinnahmt werden können und würde dadurch andererseits auch in der CSSR selbst eine umfassende Alternative darstellen. Nicht zu übersehen ist doch, dass die politisch beschränkte Linie der 'Charta 77' und der Emigranten letztlich nur die Schwäche und Unklarheit des gesamten "Prager Frühlings" widerspiegelt und demonstriert.

Wenn etwa Pelikan feststellt, dass viele von jenen, die die CSSR verliessen oder verlassen mussten, durch die Intervention zu Antikommunisten wurden und im Kapitalismus die Hilfe annahmen, die oft und oft von der Rechten kam, dann ist dies zum Teil sicherlich verständlich. Aber Verstehen kann niemals billigen und hinnehmen

bedeuten. Die Geschichte hat einen Massstab, an dem wir auch die Vertreter des "Prager Frühlings" messen müssen. Die Linke Opposition, die sich nach Lenins Tod in der Sowjetunion bildete, war einer unvergleichlich brutaleren Verfolgung ausgesetzt, als die Genossen heute in der CSSR. Aber dennoch - nicht einen Moment lang konnte es den kapitalistischen Kräften gelingen, sie für sich zu vereinnahmen. Im Gegenteil, sie hassten diese Opposition mehr als den offiziellen Kommunismus Dieser Massstab ist auch dann anzulegen, wenn wir die konkreten Unterschiede in der Entwicklung der beiden Strömungen berücksichtigen. Zehn Jahre 'nachher' stehen jene Kräfte, die damals einen Weg beschritten, der grosse Perspektiven für die Arbeiterklasse nicht nur in den deformierten Arbeiterstaaten eröffnete, vor der Entscheidung: Entweder sie versinken weiter im "Menschenrechts"-Strudel und werden zu bestimmten Anlässen hervorgeholt und letztlich dazu benützt, den 'demokratischen Kapitalismus' zu glorifizieren oder sie gehen endlich weiter zur Entwicklung einer umfassenden, selbständigen politischen Linie, die sowohl die Vergangenheit selbstkritisch analysiert, als auch Perspektiven eröffnet, die den gefährlichen Boden der 'Demokratie' verlassen, der so leicht zur Bahn nach rechts wird.

Regierungskrise in Portugal

Sechs Monate, nachdem die Soares-Minderheitsregierung gestürzt worden war, und Soares mit Freitas do Amaral, Parteichef der Christdemokraten (CDS), eine Koalition auf der Basis einer stabilen Parlamentsmehrheit gebildet hatte, steht Portugal erneut mitten in einer Regierungskrise. Die CDS zog als Protest gegen die 'verzögerte Rücknahme der Land-Enteignungen' ihre drei Minister aus der Regierung zurück und verlangte von Mario Soares, dass er den parteilosen Landwirtschaftsminister Saias entlassen solle. Nachdem Soares sich weigerte, "über Personen zu diskutieren anstatt über Politik" und es zu keiner Einigung der CDS kam, entliess schliesslich Staatspräsident Eanes Soares als Ministerpräsident und trat in Verhandlungen mit den Parteien ein, um eine neue Regierung zu bilden.

DIE ENTWICKLUNG SEIT DEM 19.1.1978

Anfang Februar erklärte Alexandre Vaz Pinto, Präsident einer Finanzierungsgesellschaft, dass "der Zustand der portugiesischen Wirtschaft beunruhigend ist, obwohl, was Industrieproduktion und Investitionen anbelangt, Anzeichen einer Erholung zu vermerken sind. Das von uns zu lösende Hauptproblem besteht weiterhin in unserer negativen Zahlungsbilanz, die stark vom zunehmenden Defizit unserer Handelsbilanz beeinflusst wird...Das Dezifit der Zahlungsbilanz überstieg 1977 sogar bei weitem die Schätzungen der Regierung..." Wichtigste Massnahme wäre es nun, die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) zu einem Abschluss zu bringen, der verspricht, die Kredite und Investitionen wieder nach Portugal fliessen zu lassen. Doch die ausländischen Kapitalgeber halten sich weiterhin mit Investitionen zurück, obwohl ausländisches Kapital von Verstaatlichungs- und Enteignungsmassnahmen nach der Revolution nicht betroffen war; die Revolution machte trotz alledem die Anlagen unrentabel und unsicher. Konnten vor 1974 unter der Diktatur die Löhne extrem niedrig gehalten werden, so machten die nach dem April erkämpften Lohnerhöhungen von bis zu 180% die früheren Kostenvorteile schnell zunichte und sahen sich die Unternehmer einer Arbeiterklasse gegenübergestellt, die bereit war, den Machinationen der Betriebsführung entgegenzutreten, die Produktion unter ihre Kontrolle zu stellen und auch in den Produktionsprozess einzugreifen, ihn eigenständig zu übernehmen. Die Arbeiter, Landarbeiter und armen Bauern machten den Unternehmern und Grossgrundbesitzern die Produktionsmittel und Güter streitig. Der jetzige Kampf innerhalb der portugiesischen Gesellschaft ist denn auch der um die Erhaltung bzw. Zunichtemachung der letzten Errungenschaften d. Arbeiter und Bauern aus jener Auseinandersetzung. Das Kapital verlangt die volle Bewegungsfreiheit wieder zurück, mobilisiert die Reaktion und benützt ihre Agenturen innerhalb der Arbeiterklasse, um Arbeiterkontrolle und Landenteignungen rückgängig zu machen. Dazu kommt noch die Austeritäts-Politik, die unter der PS/CDS-Koalition zu einer Erhöhung der Tarife für Gas, Elektrizität, Verkehrsmittel und Wasser um jeweils 50%, sowie der Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel um etwa 25% führte, für Zeitungen um denselben Satz, für Dienstleistungen der Post um cirka 30%, während die Reallöhne um 15-20% gesenkt worden sind. Aber solange nicht gänzlich die 'alten Zustände' wiederhergestellt werden, das Barreto-Gesetz endlich zu Fleisch und Blut wird, ist das ausländische Kapital nicht bereit in Portugal zu investieren und übt über den IWF den notwendigen Druck auf die jeweilige portugiesische Regierung aus. Wie dann die Investitionen als ein Druckmittel eingesetzt werden, um die politische Landschaft in Portugal zugunsten des Kapitals zu ändern, zeigt am besten der Fall der BRD, die insgesamt seit 1952 in Portugal Direktinvestitionen in der Höhe von 430 Mill. DM getätigt hat, davon 14,5 Mill. DM im ersten Halbjahr gegenüber rund 45 Mill. DM im Gesamtjahr 1976 und 95 Mill. DM im Gesamtjahr 1974. Und "man wird davon ausgehen müssen, dass eine Wiederbelebung der deutschen Investitionen in Portugal vor allem davon abhängt, wieweit sich Portugal bemüht, die 'Spielregeln' im westeuropäischen Wirtschaftsraum für den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr zu übernehmen und auch anzuwenden. Das politische Bekenntnis zu Europa allein reicht nicht aus, wenn ihm nicht auf wirtschaftlicher Ebene die Anpassung folgt." (DIE WELT, 2.2.1978)

Die Soares-Regierung wurde gestürzt, da sie nicht ohne bedeutende soziale Unkosten der Bourgeoisie die "wirtschaftliche Anpassung" vollziehen konnte; zuviele Elemente des Kompromisses enthielt die PS-Minderheitsregierung, war doch die Bourgeoisie über die sozialistische Partei von den Arbeitern 'abhängig'. Aus der besonderen Konstellation des Parteienkräfteverhältnisses im Parlament und im Klassenkampf erwuchs die PS/CDS-Koalition, in der die drei CDS-Minister die Funktion hatten, für die sozialistischen Führer als 'Zaum' zu dienen, den sie der Arbeiterklasse anlegten. Nun sollte es endlich möglich sein, das "Gesetz über die neuen Grundlagen der Agrarreform" - das vom PSler Barreto ausgearbeitete Agrargesetz - durchzudrücken!

LANDWIRTSCHAFT IM 'UMBRUCH'

Fast 3 Millionen Portugiesen leben von der Landwirtschaft, die die geringste Produktivität in Europa aufweist. Die Struktur der portugiesischen Landwirtschaft unterscheidet sich in Nord und Süd grundlegend. Von den 817.000 Betrieben vor der Revolution waren 78,2% kleiner als vier Hektar, davon aber nur 3,6% im Süden, im Alentejo. Andererseits gehörten 43,5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von 5,2 Millionen Hektar zu den Farmen, deren Betriebsgrösse über 100 Hektar lag. Wurden im Norden die Höfe durch Erbteilung immer kleiner und unproduktiver, blieben aber so in Privathand, wurde das riesige Land im Süden von den Grossagrariern und Finanzkapitalisten mehr für Jagd- und Freizeitvergnügen als für die Nutzung gebraucht. Fast ein Drittel des Landes liessen sie brachliegen, brauchten sie Arbeitskräfte, gab es Tagelöhner genug, ca. 200.000. Im Verlaufe der portugiesischen Revolution sind dann ungefähr 1,100.000 Hektar Land besetzt worden, wurden Kooperativen gegründet und das Land gemeinschaftlich bestellt. Die Löhne in der Kooperative wurden denen der Industriearbeiter angeglichen und stiegen innerhalb von drei Jahren um 50%. Im ersten Jahr nach der Revolution erzielten diese Produktionsgenossenschaften auch beachtliche Erfolge. Durch Erweiterung der Anbaufläche und rationellere Bestellung des Bodens erhöhte sich die Produktion in einigen Bereichen: Weizen 685.000 (1972: 516.000 Tonnen), Hafer 126.000 t gegenüber 1972 mit 79.000 t. Doch die Wirtschaftssabotagen der 'Konföderation der Landwirte Portugals'(CAP) wie Brandstiftung, Viehverkauf usw. sollten sich bald bemerkbar machen. 1977 wurde noch dazu die Saat verregnet und

das Ergebnis war die schlechteste Ernte seit sechzig Jahren. Die Weizenproduktion fiel um 45%, die von Mais um 53%, von Hafer um 30%, von Roggen um 4% und von Bohnen um 19%. Dies alles, im Verein mit den permanenten Angriffen der Reaktion und der PS-Minderheitsregierung, die mit Panzerwagen, Bajonetten und Polizeihunden gegen die Landbesetzungen vorging, führte zur Resignation weiter Teile der Landarbeiter und bereitete den Boden für die Agrarpolitik der PS/CDS-Koalition mit dem Landwirtschaftsminister Saias vor.
Saias wird nun vorgeworfen, dass er die Durchführung des Barreto-Gesetzes verzögere, nicht energisch genug vorantreibe, alle 'unrechtmässig' enteigneten Güter noch nicht zurückgegeben hat. Weiters hat Saias 'gute persönliche Beziehungen' zu den Kommunisten, und finde die Billigung der PCP. Soares führe mit Saias "eine Politik nicht, wie es natürlich gewesen wäre, auf halbem Wege zwischen Sozialisten und Zentrumsdemokraten, sondern auf halbem Weg zwischen Sozialisten und Kommunisten." (Freitas do Amaral) Soares bezeichnete selbst die PS/CDS-Regierung als "weiter links akzentuiert" als seine Minderheitsregierung!

PS/CDS-REGIERUNG

Die PS war solange die Hauptstütze der Bourgeoisie, solange das Proletariat dank seiner sozialen und politischen Macht noch stark genug war, um eine Bedrohung für den Kapitalismus darzustellen, allerdings schon nicht mehr stark genug, um sich gegen seine etablierte - reformistische - Führung durchzusetzen. Aufgabe der PS war es dann auch, die breiten Volksmassen - darunter auch die von der Revolution enttäuschten Arbeiter - parlamentarisch in den Griff zu bekommen, um das normale Regime wiederherzustellen, und sie scheute sich auch nicht davor, die bürgerliche Demokratie mit den konterrevolutionären Methoden der Bourgeoisie und ihres Staates durchzusetzen (siehe z. B.: Landreform). In dem Masse, wie das Proletariat entmachtet und zurückgedrängt wird, verliert die Sozialdemokratie selbst an unmittelbarer Bedeutung für die Bourgeoisie, die in solchen Situationen ein reges Interesse entwickelt, die Sozialdemokratie in die Opposition zu drängen, um sich völlig unabhängig vom Proletariat, dessen Wünschen, Forderungen und Aktivitäten zu machen; alle Elemente des Kompromisses aus ihrer Politik zu liquidieren. Die PS/CDS-Regierung konnte in diesem Sinne nur eine Übergangsregierung sein, in welcher sich zwei Herzen in einer Brust befanden. Die CDS war voll auf die rücksichtslose Durchsetzung des Barreto-Gesetzes orientiert (sie hat es in -zig Stellungnahmen erklärt), während die Sozialdemokratie in sozialer Demagogie versuchte, aus der Resignation der Landarbeiter Kapital zu schlagen. Durch die Ernennung des parteilosen Saias, mittels dem Soares erreichte, die kommunistisch beherrschte Landarbeitergewerkschaft in Alentejo von einem aktiven Widerstand gegen seine Koalitionsregierung abzuhalten - das Land wurde "im Dialog mit den Landarbeitern der Kooperativen" zurückgegeben, was zwar länger dauerte, aber Polizeieinsätze, Konflikte und Zusammenstösse im Alentejo vermieden habe - gab sich Soares einen linken Anstrich, versuchte er so das Vertrauen der Arbeiter wiederzuerlangen. Und die Reaktionen auf die Regierungskrise gaben ihm recht. Soares funktionierte die Krise geschickt zu einer Solidaritätsbewegung für seine Partei um. Noch nie hat er soviel Zustimmung in letzter Zeit von der Basis der eigenen Partei erhalten. Soares spricht plötzlich wieder von einem "rechten Block" von der Gefahr einer Verschwörung, die PS ist plötzlich wieder eine "Partei der Linken". Soares weiss, dass er das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse braucht, um wieder für die Bourgeoisie von höherer Bedeutung zu sein. Er kann aber das Vertrauen nur durch oppositionelle Haltung wiedergewinnen.
Die CDS hat die Koalition deshalb gesprengt, weil für sie eine Rücksichtsnahme auf die Arbeiter absolut nicht notwendig ist, im Gegenteil, nur unnötige soziale Unkosten hervorruft, während die Sozialdemokratie steht und fällt mit ihrem Einfluss im Proletariat, und deshalb empfindlich auf dessen Bewegungen reagieren muss.
Noch ein letztes Wort zu Saias: laut Gesetz wären während der Koalition 300 Güter zu enteignen gewesen. Kein Landarbeiter hat jemals seinen Fuss auf diesen Boden setzen dürfen!



Die Rechtsentwicklung, die nach dem 25. November 1975 durch die Sozialdemokratie eingeleitet wurde, ermöglicht es heute auch schon den Faschisten offen aufzutreten

AUSBLICK

Staatspräsident Eanes hat, nachdem die Parteigespräche ergebnislos verlaufen sind, den Ingenieur Nobre da Costa, einen Industriemanager, der enge Beziehungen zum Unternehmerverband hat, 1976 in der Regierung Azevedo Staatssekretär für Schwerindustrie und in der Soares-Regierung Industrieminister war, beauftragt, eine Übergangsregierung zu bilden. Nach seinen Vorstellungen sollten 5 Unabhängige, 5 Sozialisten, 3 Sozialliberale und 2 CDSler Ministerposten erhalten. Doch die PS weigerte sich, weder als Partei, noch mit Personen an der Regierung beteiligt zu sein, da "diese Regierung eine Logik der Rechten haben wird, und die sozialistische Partei ist eine Partei der Linken" (Soares) und "der Geist der Partei" einer Mitwirkung widerspreche.
Zu dem Zeitpunkt als dieser Artikel verfasst wird, steht noch nicht fest, ob es Nobre da Costa gelingen wird, eine funktionsfähige Regierung zusammenzubringen. Die Haltung der Sozialisten lässt aber eher darauf schliessen, dass Soares, der schon am 24. Juli erklärte: "Wenn die Regierung stürzt, dann sehe ich nur eine Lösung, das sind Neuwahlen", diese Orientierung beibehalten hat, und durch die Entziehung jeglicher Unterstützung für Nobre da Costa Neuwahlen hervorrufen will. Und Nobre da Costa: "Mit oder ohne Sozialisten - die Regierung wird das Land wenigstens während der für die Annahme des Wahlgesetzes und die Aufstellung neuer Wählerlisten nötige Zeit führen." Nobre da Costas Möglichkeit ist dann nur die eine geschäftsführende Regierung zu aus Unabhängigen und Fachleuten zu bilden (im Gespräch ist Silva Lopes, Chef der Bank von Portugal, als Finanzminister, Oberst Firminio Miguel als Verteidigungsminister und Medeiros Ferreira als Aussenminister), um Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt vorzubereiten. Por-

tugal würde in einen Wahlstrudel hineingeraten, da auch nach einer Wahl 1979 laut Verfassung 1980 wieder gewählt werden muss.

KURZ: DIE KP

Die Kommunistische Partei blieb während der ganzen so krisengeschüttelten Zeit standhaft. Sie wich keinen Fuss breit von ihrer Verfassungstreue und ihrem Glauben in den demokratischen Eanes. Im Gegensatz zu Soares, der 'die Demokratie retten will', beruhigt Cunhal: "Es gibt keinen antidemokratischen Anschlag, wir vertrauen den demokratischen Beschlüssen des Präsidenten der Republik", und da heute in Portugal keine Möglichkeit 'für eine Volksfront existiere', schlägt Cunhal einen "demokratischen Block" vor, der Teile der 'nichtsozialistischen Parteien - der Zentrumsdemokraten und des sozialliberalen PSD Sa Carneiros - einschlösse'. Cunhal will durch "staatstragendes Verhalten" zeigen, dass er zu 'mehr imstande ist'.

18. August 1978

17 Tage Nobre da Costa...

Am 29. August wurde nun die Regierung Nobre da Costa von Eanes vereidigt. Absolutes Primat dieser Regierung, deren Minister, mit Ausnahme zweier Offiziere, Ingenieure und Wirtschaftsmanager mit ausreichender Erfahrung aus der Privatindustrie sind, ist die wirtschaftliche Sanierung. Am Tag der Vereidigung kündigte da Costa als wichtigste Massnahmen "eine Politik der globalen Einschränkung", der Fortführung der Landreform, Klärung der Entschädigungsfragen, "eine noch härtere Sparpolitik" mit Milderung der 'Steuerbelastung' für die Unternehmer und Senkung der Kreditzinsen an. Dieses Programm musste da Costa innerhalb der nächsten zehn Tage dem Parlament vorlegen, welches die Gelegenheit hat, fünf Tage darüber zu diskutieren, um danach da Costa eine Mehrheitsbasis zu geben oder die 'Fachleuteregierung zu stürzen. Nobre da Costas abschliessende Worte bei der Regierungsvereidigung waren dann auch, aufgrund der negativen Vorgespräche, die er mit den Parteien geführt hat, dementsprechend vorsichtig- "Erst die Zukunft wird zeigen, ob diese Regierung arbeiten kann." Schon eine Woche darauf legte da Costa dem Parlament sein Regierungsprogramm vor.
Doch vorher versuchte die PS, die Initiative wieder an sich zu reissen. Soares lud die Parteiführungen der PSD, CDS und auch der PCP zu getrennten Gesprächen ein. Die Sozialisten gingen, "ohne eine vorfabrizierte Lösung" bereit zu haben in die Gespräche, die den Sinn hatten, laut Manuel Alegre, "alle Möglichkeiten einer parlamentarischen Lösung der gegenwärtigen politischen Situation zu erforschen", "einen gemeinsamen Nenner der Parteien gegenüber der Fachleuteregierung zu suchen". Während Sa Carneiros PSD erklärte, jetzt nicht gegen Nobre da Costa zu stimmen, deutete die CDS einen Schwenk an. Glaubte sie noch Ende August, dass "der Auftrag Nobre da Costas einen Ausweg biete", so deutete sie kurz vor der Parlamentsdebatte an, dass sie einen Antrag zur Ablehnung da Costas stellen werde. Ein gemeinsames Vorgehen mit der PS hielt Freitas do Amaral jedoch nicht für zweckmässig. Die PCP erklärte durch ihren Fraktionschef Brito: "Wir werden alles tun, um ungerechte und nicht zu rechtfertigende Konflikte zwischen den Organen der Obrigkeit zu vermeiden." Die PCP kritisierte zwar so manchen Minister, will aber keinen Antrag auf Ablehnung einer anderen Partei unterstützen, womit sie die Regierung da Costa toleriert, letztendlich stützt. Bleibt noch die UDP mit einem Abgeordneten, die auf der Linie der PS schwamm und sich mit Soares gemeinsam in der Opposition gegen die Regierung und den Präsidenten sah. Mit solcherart vorgefassten Positionen gingen die Parteien in die Diskussion um das Regierungsprogramm, im Verlaufe derer sich die PS und CDS auf den Sturz der Regierung geeinigt haben, die PCP ihre Position der indirekten Unterstützung da Costas aufrechterhielt und die PSD die einzige Partei blieb, die sich zur Unterstützung der Regierung bereit erklärte. Dementsprechend sah dann auch das Abstimmungsergebnis aus. Den 141 Stimmen für den Ablehnungsantrag der PS standen die 71 Stimmen der PSD und der beiden aus der PS ausgetretenen Barreto und Ferreira entgegen. Die 40 PCPler enthielten sich der Stimme.

Was nach Nobre da Costa kommt, ist offiziell noch nicht geklärt. Die Partei konnten keinen Lösungsvorschlag angeben. Sie nehmen bereits Verhandlungen mit dem Präsidenten auf. Nobre da Costa erwartet, "dass die Parteien jetzt rasch eine Lösung finden". Und Soares hat die grossen Worte schon wieder vergessen. Kleinlaut lässt er verlautbaren, dass "wir bereit sind, mit dem Präsidenten und mit den anderen Parteien im Geist der Zusammenarbeit alle Möglichkeiten für eine neue Regierung im Gespräch zu klären. Gegen niemand hegen wir Ressentiments." Und, man höre und staune: "Der Ministerpräsident muss nicht notwendigerweise ein Sozialist sein." Die CDS befürwortet ebenfalls eine Parteiabmachung, an der jedoch nach ihren Vorstellungen proportional PS, PSD und CDS beteiligt sein sollen. Sa Carneiro hingegen baut auf Neuwahlen, ausser es ergebe sich eine Koalition unter politischer Vorherrschaft der PSD. Er, so glauben wir, drückt am klarsten aus, was für die Bourgeoisie heute in Portugal akzeptabel ist nach dem Scheitern da Costas. Nämlich 1) eine Koalition, in der die PS gezwungenermassen ob ihrer parlamentarischen Stärke vertreten ist, ihr Einfluss aber auf ihre gesellschaftliche Bedeutung reduziert ist, die PSD und CDS den Ton angeben. (Die oben zitierten Erklärungen Soares' lassen darauf schliessen, dass die PS sich 'ihrer Pflicht' bewusst ist und bereit ist, 'ihre Rolle' zu spielen.) Oder 2) bei Scheitern der Koalitionsverhandlungen Neuwahlen, um Soares seine Drehscheibenfunktion zu nehmen und den offen reaktionären Kräften die Initiative in die Hände zu legen.

Behaupteten wir noch im November 1977, dass die Bourgeoisie Neuwahlen fürchtet, so hat sich heute das Kräfteverhältnis derart gewandelt, dass Neuwahlen nicht mehr jene Gefahr für die Bourgeoisie sind, was wir exemplarisch am Ausgang der Bezirkswahlen im nordostportugiesischen Mirandela ersehen können. In diesen 102 Dörfern blieben 60% der Wähler den Urnen fern. Der grosse Wahlsieger war die PSD, die zwei Sitze gewann und nun vier Deputierte hat. Die CDS musste zwei Sitze abgeben und bekam nur mehr einen Deputierten, genauso wie die PS, die einen Sitz an die kommunistisch geführte Wählerliste APU (Allianz der Volkseinheit) abgeben musste. Warum hat aber nun Mario Soares nahezu alles unternommen, um die Regierung da Costas zu stürzen? Diese Regierung hätte de facto eine Ausschaltung des Parlaments bedeutet, eine Einschränkung der demokratischen Spielregeln und damit eine Verminderung der Bedeutung der Parteien, nicht zuletzt der PS, die ja die stärkste Partei ist. Die PS konnte da Costa nicht tolerieren, wollte sie sich nicht selbst einschränken, und beschneiden und so be-



Kleiner Mann, was nun?

kommt Soares Geschrei von einer Verschwörung, vom rechten Block usw. eine materielle Grundlage. Mit dem Abwehren der Gefahr eines da Costa zeigt sich ja dann auch uns ein ganz anderer Soares: verhandlungs- und koalitionsbereit. Die Parteien bekommen wieder ihr volles Gewicht, und innerhalb dieses Rahmens wird Soares jede Regierung tolerieren. Als Schluss bleibt: die Sozialdemokratie toleriert jede Regierung, die sie toleriert. Da da Costa die bürgerliche Parteiendemokratie bedrohte, damit den Nährboden der PS nicht 'tolerierte', seine Selbstausschaltung forderte, musste die PS gegen die Fachleuteregierung Stellung beziehen! Bis zur Entscheidung über die neue Regierung wird Nobre da Costa geschäftsführender Regierungschef sein.

5 JAHRE KONTERREVOLUTION IN CHILE

Aus Platzgründen konnten wir in dieser Ausgabe einen vorbereiteten Artikel zur jüngsten Entwicklung in Chile nicht bringen. Die nächste Ausgabe der 'permanenten revolution' erscheint aber - mit diesem Artikel - schon in drei Wochen. Außerdem wird sich die nächste Ausgabe unseres Theoretischen Organs ausführlich mit Chile beschäftigen.

Spanien:

Aufruhr im Baskenland!

"Der Seperatismus der Arbeiter und Bauern (ist) nur die Schale ihrer sozialen Rebellion." (Trotzki)

In Spanien gewinnt die Baskenfrage immer mehr an Bedeutung. Erst Mitte Juli kam es wieder zu schweren Auseinandersetzungen im Baskenland. Presse und Fernsehen widmeten den Ereignissen einige Aufmerksamkeit . Nicht der individuelle Terror der ETA war es, der die bourgeoise Öffentlichkeit alarmierte, nein, Massendemonstrationen, Generalstreik, Strassenschlachten und Barrikaden liessen den Klassenfeind aufhorchen. Die Sorge der EG-Kapitalisten um die Einheit Spaniens wächst - und die BRD spielt hier eine nicht zu unterschätzende Rolle, versucht doch gerade sie, im Jahre ihrer EG-Präsidentenschaft, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien zu forcieren. Doch die Lösung für die spanische Arbeiterklasse und unterdrückten Nationalitäten liegt weder im EG-Kapitalismus, noch bei den eigenen Fabriksherren und Profitjägern, sondern nur in ihrer Befreiung von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Die BRD-Imperialisten erwarten sich durch die EG-Vereinbarungen (z.B.: Fallen der Zollschranken) neue Absatzmärkte, durch die Ausbeutung der äusserst billigen spanischen Arbeitskräfte und das Vorhandensein eines riesigen Arbeitslosenheeres Höchstprofite. Und hier lässt sich dann auch das rege Interesse der BRD an den letzten Vorfällen erklären, ist doch gerade das Baskenland eine der industrialisiertesten Regionen Spaniens. So schaffen zum Beispiel die Arbeiter des Baskenlandes 30% des gesamtspanischen Produktionswertes in der Eisenverhüttung und Stahlproduktion. Es gibt weiters fast alle Zweige der verarbeitenden Industrie und nicht zu vergessen ist der Schiffsbau. Der EG-Imperialismus wird alles daran setzen, seinen erwünschten 'umfassenden Markt' zu verwirklichen. Die Enge der Grenzen der nationalen Wirtschaft immer mehr verspürend, zeigt die BRD, durch zunehmend verstärktes Engagement in Spanien, dass sie willens und auch allzeit bereit ist, dem Kampf der spanischen Nationalitäten für das Recht auf nationale Selbstbestimmung entgegenzutreten. Das Zugeständnis auf Autonomie, die Verankerung des Autonomiestatus in der Verfassung, sind dann auch nichts anderes als eine Waffe der Imperialisten, um den Kampf der unterdrückten Nationalitäten zu integrieren und einzudämmen. Die "Süddeutsche Zeitung" weiss zu melden: "Der PNV-Sprecher Xavier Arzallus (Partido Nacionalista Vasco - bask. Nationale Partei, Partei der bürgerlichen nationalen Bewegung, PR) der gut deutsch kann und sich in der Bundesrepublik auskennt, orientiert sich am deutschen Föderalismus", und auf die Frage, ob die Vorstellungen der PNV dem Autonomiestatus Bayerns entsprechen würden, beeilte sich ein PNV-Abgeordneter zu antworten: "Ja. Ja. Ja, ja, ja, im allgemeinen ja." Die Führer der PNV verhandeln mit der Suarez-Regierung über Bindewörter und Beistriche in der neuen Verfassung, ihre Wünsche lassen sich zusammenfassen in der Formel "Autonomie im Rahmen der Verfassung". Die spanische Bourgeoisie kann niemals die Unabhängigkeit des Baskenlandes oder auch Kataloniens befürworten, aber die Autonomie erschreckt sie keinesfalls; und die Bourgeoisie des Baskenlandes und Kataloniens will auch nicht abgeschnitten sein vom Rest des spanischen Marktes, würde es aber zu würdigen wissen, einen eigenen regierenden Organismus zu haben. Spaniens Regierung hat keinen grossen Grund zur Eile. Die Frage der Autonomie ist ein wirksames Mittel, die Arbeiter von ihren ökonomischen Forderungen abzulenken. Der Weg des föderativen Staates wird gegangen werden - die Verfassung deutet darauf hin, für die unterdrückten Nationen wird sich jedoch dadurch nichts ändern!

DIE KÄMPFE

Am 8. Juli entrollten nach dem letzten Stierkampf während der Stierkampffestspiele in Pamplona, Jugendliche ein Transparent, auf dem sie die Amnestie für alle politischen Gefangenen forderten. Das Publikum begrüsste diese Manifestation mit Beifall, ausser einigen rechtsgerichteten Zuschauern, die auf die Jugendlichen losstürmten. Daraufhin stürzte eine Polizeistaffel in die Arena, knüppelte jeden, den sie konnte, brutal nieder und schoss mit Hartgummigeschossen und Rauchbomben in die Zuschauer. "Ausländische Reporter beobachteten, wie die Polizisten ähnlich wie bei einem Kriegseinsatz auf dem Boden liegend in die Menge zielten. Fast hundert Menschen wurden auf diese Weise alleine durch Beinschüsse verletzt." ('Arbeiterkampf' 134) Es gab weiters etliche Schwerverletzte, und ein Kind musste mit einer schweren Kopfverletzung abtransportiert werden.

GENOSSE GERMAN SAINZ

Daraufhin formierte sich ein Demonstrationszug, gegen den sofort Spezialeinheiten der Polizei geschickt wurden, um die Demonstration zu zerschlagen. Die Demonstranten errichteten Barrikaden und zwangen nach stundenlangem Kampf die Polizeieinheiten zum Rückzug. Als Antwort darauf begann die Polizei mit Maschinenpistolen auf die kämpfenden Demonstranten zu schiessen. Der Genosse German Sainz, seit sieben Jahren Mitglied der LCR/LKI (Organisation des 'Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale') wurde tödlich in die Brust getroffen. German Sainz war in Pamplona kein Unbekannter. Er hatte 1973 den Generalstreik in Pamplona angeführt und wurde deshalb zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. An der Beerdigung des Genossen Sainz beteiligten sich 30.000 Menschen und sämtliche Arbeiterparteien sandten Delegationen. Am 10. Juli fand eine Grosskundgebung aus Protest gegen die Ermordung von Sainz statt. Auf einem der Transparente stand geschrieben: "Wir vergessen dich nicht - bis zum endgültigen Sieg."

Am 11.7. fand ein Generalstreik gegen den Polizeieinsatz in Pamplona statt, der in Vizcaya und Guipuzcoa fast vollständig befolgt wurde. In San Sebastian begann am Morgen des 11.7. der erste Demonstrationszug der Bank- und Sparkassenangestellten. Polizeieinheiten trieben ihn nach kurzer Strecke mit Hartgummigeschossen auseinander. Im Verlaufe von Strassenschlachten in der Innenstadt wurde dann ein weiterer Demonstrant von einer Polizeipistole ermordet: Ignacio Urcola, 19 Jahre. Daraufhin wurde der Generalstreik am nächsten Tag fortgesetzt; in San Sebastian kam es wiederum zu Strassenschlachten und Barrikadenbau. Die Stadt war von der Aussenwelt völlig abgeschnitten, der Grenzübergang von Frankreich nach Nordspanien war zwischen Hendaye und Irun wegen zahlreicher Strassensperren auf der spanischen Seite unpassierbar. Schienenstränge wurden durch Sprengungen zerstört, zwei weitere Demonstranten durch Schüsse verletzt.

Die Brutalität der Polizei- und Militäreinheiten, die seit Francos Tod keine Änderungen in ihrer Zusammensetzung erfahren haben (die Armee wird weiter von den 4.500 alten Offizieren geführt, die sich allesamt ihre Lorbeeren im Bürgerkrieg verdient haben), zeigt deutlich, wie wenig sich in Spanien geändert hat. An der Fassade wurde solange geputzt - bis man hoffähig für die Europäische Gemeinschaft ist! Und doch, "Spanien hat den Sprung zu einer modernen Demokratie der Gegenwart geschafft" ('Kurier'), denn sogar die Polizei hat das uneingeschränkte Streikrecht, und sie machte auch davon Gebrauch. Am 27.6.1978 ist in zahlreichen Städten und Gemeinden des Baskenlandes, darunter Bilbao und San Sebastian (!) die Mörderpolizei in einen eintägigen Streik getreten. Der Grund: Die ETA hat einem Polizisten die Lebensflamme ausgehaucht, da dieser laut ETA ein Spitzel gewesen sei. Was solls - der Herr gibts, der Herr nimmts!

DIE BASKENFRAGE

Die Basken werden seit der Machtergreifung Francos, der die staatlichen Hoheitsrechte annulierte, die offizielle Benutzung der baskischen Sprache verbot, das 'Baskentum' unter Strafe stellte, besonders hart unterdrückt, galt es doch eine Na-

tionalität in den spanischen Zentralstaat einzugliedern, die seit der Römerzeit in einem ständigen Kampf um Unabhängigkeit und nationale Eigenständigkeit steht, und sich auch stets eine Sonderstellung bewahren konnte. Gibt es in Spanien objektiv gesehen eine herrschende und einige rechtlose Nationalitäten, so gab es unter Franco nur mehr ein 'einig Spanien'. Der Kapitalismus drängt unaufhörlich zur Zentralisation, die Zentralmacht unterwarf sich brutal die Nationalitäten.

Durch die ungeheure Repression und Ausbeutung ist mit dem Wiedererwachen der spanischen Arbeiterklasse auch die nationale Frage in den Mittelpunkt gerückt worden, und dies nicht nur in Regionen, wo die nationale Frage traditionell auf der Tagesordnung steht. Andalusien, Galicien, die Kanarischen Inseln, Estremadura, Leon und die Balearen-Inseln verlangen die Autonomie. Die bürgerlichen Kräfte versuchen nun d. jahrzehntelang aufgestauten Hass der spanischen Arbeiterklasse und armen Bauern von sich wegzulenken - auf die Autonomiefrage. Die Zentralisation sei Schuld an der grossen Not der Arbeiter und Bauern; die soziale Frage soll zugunsten der Nationalen in den Hintergrund treten. Doch während die Frage der nationalen Befreiung für die Bourgeoisie - sowohl für die Madrider als auch für die baskische - nur ein 'Bauer' im Spiel gegen das Proletariat und die ausgebeuteten Bauern ist, "ist der Seperatismus der Arbeiter und Bauern nur die Schale ihrer sozialen Rebellion". Unsere Anwort auf die nationale Frage, die nationale Selbstbestimmung, ist daher eine historische, in vielen Fällen unvermeidliche Stufe zur Diktatur der Arbeiterklasse. Die nationale Frage ist Bestandteil einer grossen sozialen Frage, der der Vernichtung der Klassenherrschaft.

Doch vorerst muss 'die Schale der sozialen Rebellion' zerschlagen werden. Die Kommunisten müssen deshalb kompromisslos die Position der nationalen Selbstbestimmung einnehmen und sie im Einklang mit den historischen Interessen des Proletariats propagieren. Das Proletariat muss dem kleinbürgerlichen Nationalismus entrissen werden durch die unabhängige Organisierung der Arbeiterklasse, durch die Unterordnung der nationalen Frage unter die soziale Frage.

Doch die einzige Organisation in Spanien, die zumindest den theoretischen Anspruch hat, das Erbe Lenins und Trotzkis zu verkörpern, die LCR/LKI, kapituliert vor dem kleinbürgerlichen Nationalismus, dem wir seinen vorübergehend progressiven Charakter nicht absprechen wollen. In einer Spezialnummer der 'Combate' vom Februar 1977 kann man dann lesen:

"Um die nationale Unterdrückung zu bekämpfen und die Allianz zwischen der Arbeiterklasse und der nationalen Bewegung zu vertiefen... schlagen wir heute die Bildung von einheitlichen Organen in jeder Nationalität vor." Die Unabhängigkeit und Hegemonie des Proletariats zu verfechten, haben diese 'Trotzkisten' schon lange aufgegeben, wieder einmal suchen sie ihr Heil in kleinbürgerlichen Bewegungen - hier dem kleinbürgerlichen Nationalismus - machen politische Zugeständnisse und wären bereit, diesen organisatorische folgen zu lassen. (1)
Dass dies alles kein Konstrukt ist, beweist die Tatsache, dass am Organ der LCR in katalanischer Sprache - der 'Dema' - als Emblem Hammer und Sichel und die katalanische Fahne als Hintergrund ist, LCR-Versammlungen in Katalonien mit den Farben der katalanischen Flagge dekoriert sind und diese Internationalisten die katalanische Nationalhymne "Els Segadors" singen, welche das "triumphierende Katalonien" verherrlicht!

Und nur vor dem Hintergrund der Kapitulation vor dem kleinbürgerlichen Nationalismus ist es dann auch zu verstehen, dass die LCR bereits 1975 geschrieben hat, dass "Euzkadi (das Baskenland) eine Region ist, wo mehr als irgendwo anders man klar behaupten kann, dass das Proletariat bereits die Fahne der nationalen Befreiung von der nationalen Bourgeoisie entrissen hat, indem es den Kampf um die nationale Emanzipation eingefügt hat in den Strom des Kampfes, der zur proletarischen Revolution führt." (Combat Program) Indem die LCR Wünschenswertes (die Loslösung des Proletariats vom kleinbürgerlichen Nationalismus) als gegeben ansieht, steht sie de facto unbewaffnet vor der Lösung eines der Hauptprobleme der Arbeiterrevolution im Baskenland und Katalonien!

1) Klärend möchten wir noch hinzufügen, dass wir keineswegs gegen "einheitliche Organe" im Rahmen einer Aktionseinheit sind, sondern nur gegen die Form, wie sie die LCR vorschlägt. Politische Basis der LCR-Arbeit innerhalb dieser Komitees wäre die Einschätzung vom kleinbürgerlichen Nationalismus in Katalonien und Baskenland, dem sie einen permanent antikapitalistischen Charakter zuspricht. Seine Losungen werden daher unkritisch übernommen und sollen die politische Plattform dieser Organe bilden. Die LCR schlägt damit nicht ein Organ zur Vorbereitung und Strukturierung von Aktionen vor, sondern die Bildung eines politischen Blockes.

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

FORTSETZUNG VON SEITE 22: HUA BESUCHT FREUND

Hua Kuo-Feng hat in Teheran vorexerziert, was maoistische Aussenpolitik bedeutet:

Besorgt um den Status Quo an Chinas Grenzen wickelt sie gegen die Interessen der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Massen ihre Geschäfte mit den reaktionärsten Regimes ab. 'Theoretisiert' wird dies dann durch Maos 'Dreiweltentheorie'.

Ohne die Länder der "Dritten Welt" differenziert und die dortigen Regimes in ihrem Verhältnis zum Imperialismus und zu den unterdrückten Massen zu betrachten, ohne zu unterscheiden, ob sich die nationale Bourgeoisie im Bündnis mit dem Imperialismus befindet, sich ihm völlig unterwirft, ihm die Handlangerdienste leistet, oder ob sie durch die objektive Lage gezwungen ist, tatsächlich einzelne Schritte gegen ihn zu setzen, würfeln die Maoisten die "grosse Bevölkerung der Dritten Welt" zusammen: "Mit Ausnahme Japans gehört Asien zur Dritten Welt. Ganz Afrika gehört zur Dritten Welt und Lateinamerika ebenfalls." (Mao Tse-tung) Der chinesischen Bürokratie eröffnen sich damit Tür und Tor für ihre konterrevolutionäre Aussenpolitik. Heute schliesst sie, gegen alles Geschreibsel des KBÖ über den iranischen Widerstand, die schleimigsten Abmachungen mit dem Schah, weitere werden notgedrungen folgen.

Würde der KBÖ Huas Ausfälle in Teheran ernst nehmen, müsste er seine bisherige Stellungnahme zum iranischen Befreiungskampf revidieren bzw. ihn rückblickend diskreditieren. So etwas ist ziemlich unwahrscheinlich, hat es doch auf seiner 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz erst die letzte 'Selbstkritik' in Sachen 'Dreiweltentheorie' gegeben. Der KBÖ hätte es bisher nicht verstanden, "den Kampf um eine breitestmögliche und möglichst auch die Länder der Zweiten Welt umfassende internationale Einheitsfront gegen die Supermächte ausdrücklich zu unseren Aufgaben zu erklären." (Dokumente der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz) Vor rund 1 1/2 Jahren hatten nämlich Genossen der KBÖ-Vorläuferorganisation die 'Dreiweltentheorie' ernst genommen und die Einstellung des Kampfes der Massen in den unterdrückten Ländern gefordert. Wenn die "Zweite Welt" gewonnen werden sollte für den Kampf gegen die Supermächte, so müsste die "Dritte Welt" ihren Kampf gegen sie eindämmen, ja sogar aufgeben. Damals hatte die jetzige Mehrheit im KBÖ dieser "revisionistischen Position" widersprochen und am "internationalen Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion festgehalten..."(ebenda) "...aber wir haben dabei den Bogen überspannt (!) und im Kampf gegen den Revisionismus selbst 'linke' Fehler gemacht." (ebenda) An die "Zweite Welt"-Bourgeoisie müsste mehr appelliert werden, eine "internationale Front gegen die Supermächte" zu errichten, das habe man zu wenig erkannt. In der Konsequenz, die "Zweite Welt" gegen die "Supermächte" zu stärken, liegt aber gerade die Schwächung des selbständigen Klassenkampfes des Proletariats in den imperialistischen Ländern und der kolonialen Massen. Die rechten Maoisten in der BRD und Hua haben das schon längst durchschaut. Sie fordern den Ausbau der NATO, ihre atomare Aufrüstung, die Einstellung der revolutionären Soldatenarbeit in der Bundeswehr und zuletzt die Niederschlagung des iranischen Widerstandes. In diesem politischen Wahnsinnskonzept steigt dann auch der Schah zum "antiimperialistischen Kämpfer" auf.

Der heroische Kampf der unterdrückten iranischen Massen stört dabei nur, und wenn das Regime als Büttel des amerikanischen Imperialismus in Oman eingreift oder den Befreiungskampf in Dhofar niedermachen lässt, dann heisst das offenbar im maoistischen Sprachgebrauch ab nun "antiimperialistischer Kampf gegen die Supermächte".

Demnach müsste der KBÖ den "Bogen" noch mehr entspannen als auf der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz und den iranischen Befreiungskampf verteufeln. Doch dazu reichen in Teheran gehaltene Tischreden sicherlich noch nicht aus.

Wahrheiten 'ändern' sich eben ...

Die VR-China hat gegenüber Jugoslawien einen Schwenk von 180 Grad vollzogen, 1963, als der Bruch mit der UdSSR 'theoretisch' begründet wurde, bezichtigte sie die Kreml-Führung eines zu milden Vorgehens gegen die "Tito-Clique" und erklärte klipp und klar: "Die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt sind der Auffassung, das Jugoslawien kein sozialistischer Staat ist." ('Polemik über die Generallinie', Seite 159) Jetzt, gerade rechtzeitig vor dem Besuch Huas in Belgrad, wird Jugoslawien in den höchsten Tönen gelobt, als Vorreiter gegen den Imperialismus und als Musterland sozialistischer Demokratie hingestellt. Der jetzige Schwenk erfolgt ohne jede Bezugnahme auf die frühere Position, der unbefangene Leser muss den Eindruck bekommen, dass die VR-China nie eine andere Position als die momentane vertreten hat, wenn er liest: "China und Jugoslawien haben gleiche (!) historische Erfahrungen gemacht. Nach dem Sieg der Revolution halten sie an der Richtlinie fest, den Sozialismus unabhängig und selbstständig aufzubauen." (Peking- Rundschau 78, Nr. 25)

Besonders peinlich muss dieser Schwenk für alle China-Apologeten schon deshalb sein, weil die Charakterisierung Jugoslawiens als kapitalistisch, Bestandteil der 'Polemik über die Generallinie' ist. Diese Polemik (1963) besteht aus sieben Kommentaren zu einem Brief der KPdSU-Führung, und darin werden alle Elemente des Maoismus zusammengefasst oder neu entwickelt (Kampf zweier Linien, Neue Demokratie...). Welchen Stellenwert die KPCh damals Jugoslawien zumass, wird schon daraus ersichtlich, dass der dritte Kommentar allein dem Thema Jugoslawien gewidmet ist. Jahrelang konnte man von orthodoxen Maoisten aller Schattierungen bis zum Überdruss vernehmen, dass die chinesischen Genossen damit dem 'modernen Revisionismus' den Kampf angesagt hätten und dergleichen. Tatsächlich wird mit dieser Schrift der Sozialimperialismus- und Drei-Welten-Theorie ideologisch der Boden bereitet. Heute muss zumindest der Abschnitt zu Jugoslawien für jeden China-Gläubigen nur noch ein Fetzen Papier sein. Wir wollen uns mit drei Beispielen begnügen, an denen klar ersichtlich ist, dass alle damaligen Sprüche heute total auf den Kopf gestellt werden:

A) ALLGEMEINE CHARAKTERISIERUNG DES STAATES UND DER KP JUGOSLAWIENS

1963

"Bald darauf (nach dem II. Weltkrieg, Anm. der Red.) verriet die führende Gruppe der KP Jugoslawiens den Marxismus-Leninismus und begab sich auf den Weg des Revisionismus, wodurch Partei und Staatsmacht in Jugoslawien Schritt um Schritt der Degeneration verfielen...

Die Entartung der Staatsmacht in Jugoslawien hat zur Zerstörung des sozialistischen und zur Restaurierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems geführt. (...) Die Restaurierung des Kapitalismus in Jugoslawien wird den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt die Augen öffnen und das Volk in die Lage versetzen, noch deutlicher die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu erkennen." ('Polemik...' Seite 194, 197, 206)

1978

"Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens hat unter der Führung des Genossen Tito, des hervorragendsten Führers der Volksmassen aller Nationalitäten Jugoslawiens, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus auf die konkrete Praxis in Jugoslawien angewendet und in den letzten Jahrzehnten (also wohl auch 1963, Anmerkung der Red.) das Volk des ganzen Landes dabei geleitet, unbeugsam am revolutionären Kampf festzuhalten, wodurch der Sozialismus fortgesetzt Siege errungen hat." (Peking Rundschau, 1978, Nr. 25)

B) EINSCHÄTZUNG DER "ARBEITERSELBSTVERWALTUNG" DURCH DIE VR CHINA

1963

"Das von der Tito-Clique eingeführte ökonomische System der sogenannten 'Arbeiterselbstverwaltung' ist ein Staatskapitalismus eigener Art. (...) In Wirklichkeit ist die 'Arbeiterselbstverwaltung' ein System der unbarmherzigen Ausbeutung unter der Herrschaft des bürokratischen Kompradorenkapitals." ('Polemik...' Seite 174)

1978

Nach der Befreiung führte der Bund der Kommunisten Jugoslawiens seine ruhmreichen revolutionären Traditionen fort, hielt an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit fest und errichtete entsprechend den Bedingungen des Landes ein sozialistisches Selbstverwaltungssystem. Er hat die Initiative der Arbeiterklasse und der Werktätigen für den Sozialismus zur Geltung gebracht und die rapide Entwicklung der Volkswirtschaft gefördert." (Peking Rundschau 1978/Nr. 25)

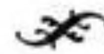
C) STELLUNG JUGOSLAWIENS ZUM IMPERIALISMUS

1963

"Der Prozess der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien ist eng mit jenem Prozess verbunden, in dessen Verlauf sich die Tito-Clique in Abhängigkeit von den amerikanischen Imperialisten begeben hat und Jugoslawien zum Vasallen des USA-Imperialismus herabgesunken ist." ('Polemik...' S. 181)

1978

"Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens verfolgt entschieden eine blockfreie Aussenpolitik, bekämpft Imperialismus und Hegemonismus, verteidigt die Einheit zwischen den blockfreien Staaten und den anderen Entwicklungsländern, unterstützt den Kampf der Völker verschiedener Länder für die Erlangung und Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und gegen Agression." (Peking Rundschau 1978/Nr. 25)



Die Umdichtung des politischen und sozialen Charakters Jugoslawiens wirft ein grelles Schlaglicht auf die politische "Methode" der Pekinger Parteiführung. Es gibt wohl kein Beispiel aus den letzten Jahren, an dem so deutlich und für jedermann nachprüfbar erkennbar ist, dass die Charakterisierungen und politischen Kategorien rein den pragmatischen Interessen einer parasitären Bürokratie entsprechen. Man darf gespannt sein, ob sich der KBÖ zu diesem Schwenk eine Erklärung abringt. Es ist aber eher anzunehmen, dass der ZK-Ausschuss derzeit alle Hände voll zu tun hat, den Genossen plausibel zu machen, warum der jahrelange Weggefährte Chinas, Albanien, so plötzlich die Farbe gewechselt hat, und nun auch dort fleissig der Kapitalismus "restauriert" wird...



permanente revolution
FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !
Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

Hua besucht Freund

Die Kader des KBÖ wird auch das nicht aus der Fassung gebracht haben. Ihre "Partei der Arbeiterklasse" hat sich nun mal für Hua Kuo-Feng entschieden, und daran können auch dessen Trinksprüche in Teheran nichts ändern. Was allerdings dem Kader mit der "Dreiweltentheorie" in Fleisch und Blut übergegangen ist, und mit der er alles zu 'schlucken' vermag, was da aus Peking oder Teheran gemeldet wird, ist dem (der) 'einfachen' Genoss(in)en oder Sympathisant(in)en sicherlich nicht so ohne weiteres sofort einsichtig.
Er, bzw. sie 'schwankt', hat vielleicht 'ideologische Schwächen', oder zutreffender, sie wundern sich eben darüber, dass Hua im Iran just jenen lobte, zu dessen Bekämpfung der 'Klassenkampf' (Zeitung des KBÖ) gerade noch aufgerufen hatte: des Schahs von Persien. Wahrscheinlich fehlen deswegen in der Nummer 19 des "Klassenkampfes" die Berichte über Huas Aufenthalt im Iran!

Nachdem der "Grosse Vorsitzende" die ersten zwei Drittel seiner Propagandareise - Rumänien und Jugoslawien - hinter sich gebracht hatte, besuchte er am 29. August den Iran. Gewaltige Demonstrationen erschütterten die Herrschaft des "Pfauenthrones". Polizei und Militär mezzelten die protestierenden Massen nieder, Tausende von Ermordeten blieben auf den Strassen zurück. Der KBÖ schrieb damals: "Das Schah-Regime setzt Panzerwagen und Tränengas gegen die Demonstranten ein, es muss die Armee einsetzen...Es hat sich den unbändigen Hass des iranischen Volkes zugezogen und wird mit dem Kampf zur nationalen Befreiung des Landes vom Imperialismus ebenfalls beseitigt werden." ('Klassenkampf' 18/78)

Hua indes hatte offensichtlich den "Klassenkampf" nicht gelesen. Denn ganz im Gegensatz dazu betonte er die "gemeinsamen Interessen mit dem Schah-Regime" und ausserdem hätte "der Iran immer (!) tapfer gegen den Imperialismus gekämpft". Man kennt es - in der maoistischen Konzeption gehört ganz Asien, mit der Ausnahme Japans, zur "Dritten Welt". Diese stehe in "vorderster Front des Kampfes gegen die beiden Hegemonialmächte" ('Theorie über die Dreiteilung der Welt', 'Kommunist' Nr. 10/77). Sie müsste sich und das Proletariat in der "Zweiten Welt" zusammenschliessen, d.h. z.B. jenes in Westeuropa hätte jeden Schritt in diese Richtung zu unterstützen. Und damit ja kein Missverständnis entsteht, wen nun Hua für den "antiimperialistischen" Faktor im Iran hält, stellte etwa zwei Wochen nach Huas Besuch die amtliche chinesische Agentur "Neues China" extra fest, dass durch die Anti-Schah-Demonstrationen "die individuellen und sozialen Rechte der ehrlichen (!) iranischen Bürger" in Gefahr wären. Wohlwollend zitierte sie das Kommunique des Schah vom 8. September - dass die Demonstrationen und Streiks "von ausländischen Geldgebern finanziert und im Ausland" geplant worden seien, und dass sie "Schwierigkeiten im täglichen Leben des Volkes" bringen würden usw. Der Schah ging auf einem Empfang für Hua auf das "chinesisch-iranische Einvernehmen in Sicherheitsfragen im Persischen Golf und im Indischen Ozean" ein, ohne dass ihm irgendein chinesischer Politiker widersprochen hätte.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2o

KBÖ und KPÖ zum Iran: *Grau in Grau*

Huas Schleimereien in Teheran waren auch der 'Volksstimme' zuviel. Genüsslich zitierte sie dessen Lobreden auf das Schah-Regime und wies auf die, zur gleichen Zeit von den iranischen Militärs ermordeten Menschen hin.
Wenig aber nur erfuhr der 'Volksstimme'-Leser über das, was schon am 5.9. die DDR-Nachrichtenagentur ADN meldete: Der Schah wolle am 17. September in die DDR kommen, und in einem Interview mit 'Neues Deutschland' sprach der Monarch von der "Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung". Die 'UZ' (Organ der DKP) fasste dies am 7.9. dann so zusammen: "Für Entspannung und Zusammenarbeit - Interview von 'Neues Deutschland' mit dem iranischen Schah Pahlevi". Es gehe jetzt darum, "die Ansätze zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz des Iran mit den sozialistischen Ländern weiter auszubauen".
Die 'UZ', die zuvor genauso wie die 'Volksstimme' das Schah-Regime kritisiert und den Hua-Besuch gegeisselt hatte, will einige Tage später über die Massenmorde nichts mehr wissen. Der Schah entpuppt sich plötzlich als friedliebender 'Entspanner'. Nichts mehr über dessen imperialistische Rolle im Persischen Golf, denn Persien und der Persische Golf sind weit, während es in der DDR um die "Möglichkeiten" geht, "im Bereich der Industrie, des Bildungswesens, des Sports und der Technologie die Zusammenarbeit..." zu verstärken. ('UZ')
Die Hua-Maoisten und die Moskau-'Kommunisten' befetzen sich auf das fürchterlichste. Jeder wirft dem anderen vor, die unterdrückten Massen zu verraten. Indes, schon einige aussenpolitische und wirtschaftliche Abkommen und ein angekündigter Schah-Besuch genügen, um diese unterdrückten Massen zu 'vergessen'. Sie stören nur. Am besten verschweigt man ihren heldenhaften Kampf und schlägt sich auf die Seite des 'Pfauenthrones'. Übrig bleibt dann bloss mehr der 'Streit', ob nun Schah-Pahlevi ein Kämpfer für die 'Dritte Welt' gegen die 'Supermächte' oder für die 'friedliche Koexistenz' ist. Den iranischen Massen kann das wurscht sein....

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!
DEUTSCHLAND
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Schahanschah von Iran besucht DDR

DER BLUTHUND VON TEHERAN HAT DIE DDR-STALINISTEN 'GERETTET', INDEM ER DEN BESUCH ABSAGTE. ABER WENN WIR UNS RECHT ERINNERN, IST ER (ODER SEINE FRAU) VOR NICHT ALLZU LANGER ZEIT ZUM 'EHRENDOKTOR' DER PRAGER UNIVERSITÄT ERNANNT WORDEN...